

Die Demokratie

Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Anstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung des Retourportos.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Biligt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachsch.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 14. Dezember 1922.

Nr. 293.

Der Genfer Pakt.

Von Friedrich Kusterlich (Wien).

Das Genfer ist nun im Hafen; nach mancherlei Fährlichkeiten ist die parlamentarische Erledigung vollzogen. Noch im letzten Augenblick, als schon die von den Völkerbundsdelegierten für die Finalisierung gesetzte Frist verstrichen war — die Herren hatten angeordnet, daß ihnen spätestens am 26. November die beschlossenen Gesetze präsentiert werden — geriet das Werk an eine Klippe. Die Republik erfreut sich nämlich, neben dem Nationalrat, der die gesetzgebende Versammlung ist, auch eines Bundesrates, der dem Ständerat in der Schweiz entspricht; allerdings führt er ein sehr bescheidenes, kaum bemerkbares Dasein. Er ist nicht berufen, den Gesetzen zuzustimmen; die Gesetze sind auch nicht an seine Zustimmung gebunden. Er hat verfassungsmäßig nur das Recht, gegen die Gesetzbeschlüsse des Nationalrates Einspruch zu erheben. Aber auch dieser Einspruch hat keine wirksame Kraft; wiederholt nämlich der Nationalrat, bei Anwesenheit der Hälfte seiner Mitglieder, seinen Beschluß, wird der Beschluß des Nationalrates ohne weiteres Gesetz. Also eine recht ungefährliche Körperschaft, deren Zweck auch schwer einzusehen ist. Aber bei den Genfer Gesetzen spielte es sich dennoch stark. Der Bundesrat hat jetzt nämlich eine merkwürdige Zusammensetzung: 23 Mitglieder, die den zwei Regierungsparteien angehören, und 24 Sozialdemokraten. Da aber der (nicht stimmberechtigte) Vorsitzende der Mehrheit entnommen, so herrscht im Bundesrat eigentlich Stimmengleichheit. Das nun hätte den Genfer Gesetzen verhängnisvoll werden können. Nämlich, wenn nicht ein positiver Beschluß durchgeht, daß entweder Einspruch erhoben, oder daß auf den Einspruch verzichtet wird, muß acht Wochen zugewartet werden; das ist nämlich der Zeitraum, innerhalb dessen der Bundesrat Einspruch erheben kann. Acht Wochen konnte aber gerade hier nicht gewartet werden, und für einen positiven Beschluß, sei es auf Einspruch oder Verzicht, war keine Mehrheit vorhanden. Also mußten sich die Mitglieder der Regierungsparteien entschließen, aus dem Saale zu gehen, und dann waren die Sozialdemokraten in der Mehrheit und saßen den Einspruchsbeschlüssen natürlich wiederholte der Nationalrat, in dem die Bürgerlichen eine unbestrittene Mehrheit besitzen, den ursprünglichen Beschluß, der auf die Annahme der Genfer Gesetze ging, und also ward das Werk vollendet. Freilich um eine Woche später als man wünschte, und unter einer fühlbaren Blamage; aber nun ist es geborgen und Gejeck.

Es ist mit den Plänen des Prälaten als Bundeskanzler auch sonst nicht glatt gegangen. Vor allem ist die Finanzdiktatur der Regierung, von der Seipel behauptet hatte, daß sie ihn in Genf von den garantierenden Mächten aufgedrungen worden ist, die aber ganz unzweifelhaft er dem Völkerbund suggeriert hat, beträchtlich abgeschwächt worden. Nach der Genfer Vereinbarung hätte sich die Regierung vom Parlament eine Generalvollmacht verschaffen sollen, wonach sie durch zwei Jahre alle Maßregeln, die notwendig erscheinen, um das budgetäre Gleichgewicht bis Ende 1924 herzustellen, selbständig verfügen kann, ohne die Gesetzgebung auch nur befragen zu müssen, das heißt, daß zwei Jahre lang das Parlament völlig ausgeschaltet gewesen wäre. Aber diesen kühnen Gedanken hat Seipel aufgeben müssen, und die Völkerbundsdelegierten, die für die ganze Zeit der parlamentarischen Verhandlungen in Wien geblieben sind, haben zustimmen müssen, daß die Vollmacht, statt der Regierung, einem Ausschuss des Nationalrates gegeben wird; es wird also in den Dingen, die sich auf die Erzielung des budgetären Gleichgewichtes beziehen, fortan, eben durch die zwei Jahre, der Nationalrat durch einen Ausschuss, den er eingesetzt hat, der aus sechsundzwanzig Mitgliedern besteht, die nur dem Nationalrat und Bundesrat entnommen sind, zu wirken haben. Daß die Sache, um sie mit der Genfer Vereinbarung in eine formelle Übereinstimmung zu bringen, ver-

Spezialdebatte im Senat.

Ueber den politischen und finanziellen Teil. — Reden unserer Genossen Kiefewetter, Starl, Löw und Kenzl.

Der Senat hat es in seiner gestrigen Sitzung zustande gebracht, die Spezialdebatte gleich über zwei Budgetteile — über den politischen und finanziellen — in einer Sitzung zu erledigen. Mit einer in dieser Körperschaft ungewohnten Hast folgte ein Redner dem andern, denn das Budget muß noch diese Woche unter Dach und Fach sein, da der Senat in der Woche vor Weihnachten dann noch andere Gesetzanträge zu erledigen hat, die vor den Feiertagen — also vor den Ferien — verabschiedet sein müssen.

An der Debatte beteiligten sich vier von unseren Genossen.

Prog. 13. Dezember. Präsident Praxel eröffnete die heutige Sitzung um 10 Uhr 20 Min. vormittags. Auf der Tagesordnung der Sitzung stand die Spezialdebatte über das Budget und zwar über dessen ersten — politischen — Teil. Als erster Redner sprach

Sen. Prusa (Komm.), der sich gegen die unberechtigten Angriffe auf unsere Selbstverwaltungskörper wandte und klargestellte, daß das Budget auf Kosten der breiten, konsumierenden Massen aufgebaut sei, nachdem die indirekten Steuern vier Fünftel aller Steuern ausmachen. Redner trat dann für enge Handelsbeziehungen mit Rußland und für den Aufbruch im Nationalverteidigungsministerium ein.

Sen. Krupla (Agr.) bewachte, daß die Deutschen in diesem Staate nicht mitarbeiten und wandte sich gegen die Ansicht, daß der Senat eine unmaßgebende Institution sei. Zum Schluß drückt er den Wunsch nach würdiger Repräsentation der Republik im Auslande aus. Die Erparungskommissionen mögen weiter funktionieren.

Sen. Dr. Repernický (Kato. Christ.-Soz.) führte in deutscher Sprache aus, daß die Regierung an unrichtiger Stelle spare, so bei der Einlösung der Kriegsanleihen, die bis heute nicht

erfolgt sei, und bei der Verweigerung, den Magyaren eine Universität und Mittelschulen zu bauen.

Sen. Spers (tsch. Soz.-Dem.) befahte sich in seinen Ausführungen mit der in diesem Staate angewendeten Methode der Konfiskationen, die sich besonders gegen antiklerikale Artikel und Notizen wende. Redner verurteilte scharf eine solche Behinderung der freien Meinungsäußerung.

Senator Genosse Kiefewetter.

u. a. aus: Wenn wir gegen das Budget stimmen, was ja selbstverständlich ist, werden wir es nicht aus besonderer Bötwilligkeit tun; es liegt einmal im Wesen der sozialdemokratischen Opposition, daß sie die Staatsvoranschläge der bürgerlichen Regierung kritisiert und verwirft. Das haben wir im alten Oesterreich getan, welches wir als einen Klassen- und Militarstaat ansahen, ja noch mehr, wir betitelten es als ein

Völkerguchthaus.

Uns können Sie daher keinen Vorwurf machen, wenn wir der Meinung sind, daß auch der Staat in dem wir leben, die Minoritäten ver Gewaltigt. Obwohl die Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, auf den Krieg, noch mehr aber auf die Friedensverträge zurückzuführen ist, so erhält sie doch ihr Gepräge durch das Verhältnis, in dem die Tschechen zu Frankreich stehen, als Vasallen der Franzosen, die am liebsten ganz Deutschland Vorkolonisationsartig vernichten möchten. In der durch diese Politik hervorgerufenen Krise, die allerdings vom Finanzminister Raschin geleitet oder als bereits überstanden hingestellt wird, so wie sie auch vom Herrn Handelsminister Rival als überwunden erklärt wird, sind wir mitten drinnen und kein Mensch kann bestimmt sagen, wann sie erden wird. Aber wenn schon die kapitalistische Wirtschaftsweise vor dem Krieg eine Masse von kleinen Existenzen vernichtete und die Produktion in wenigen Unternehmungen konzentrierte, wird

abgesehen davon, daß die Einsetzung des Staatsrates das war, was nach der Einschläge zur Milderung und Abschwächung der geplanten Finanzdiktatur überhaupt zu erreichen war, konnte die Partei für das fürchtbare Chaos, das mit der Vereilung der ganzen Kreditaktion hereingebrochen wäre, allein die Verantwortung nicht übernehmen. Die Genfer Schmach, nämlich die Unterwerfung Oesterreichs unter die Kontrolle des kapitalistischen Auslandes, wäre nur abzuwenden gewesen, wenn sich auch im Bürgertum erhebliche Kräfte gezeigt hätten, die entschlossen sind, lieber die schwersten Opfer auf sich zu nehmen, als das Opfer an Freiheit und Würde der Nation zu bringen. Aber von dieser aufrichten und charaktervollen Gesinnung war in dem österreichischen Bürgertum nicht ein Hauch zu spüren; diese bürgerlichen Parteien fühlen die Schmach gar nicht, ja der Gedanke, daß ein Ausländer herkommt und wieder „Justi und Ordnung“ zu Ehren bringt, erscheint ihnen eher sympathisch. Als Minorität konnte die Partei die Ablehnung nicht herbeiführen; die Last für die unübersehbaren Schwierigkeiten, die an das Leben des Volkes selbst greifen würden, war für sie allein zu schwer. Also mußte sie sich damit begnügen, zu retten, was möglich war; im übrigen aber die geschichtliche Verantwortung für die Missetat den bürgerlichen Parteien überlassen.

Diese fühlen auch allmählich, was sie damit Oesterreich beschert haben; daher die Furcht, in einem Jahre, wo die Neuwahl des Nationalrates fällig wird, die „Auswirkungen“ von Genf zu tragen, welche Folgen und Wirkungen die Wähler alles andere denn freudig begrüßen werden. Und daher der Plan, den Nationalrat jetzt aufzulösen — dazu bedarf es in Oesterreich eines eigenen Gesetzes — und die Wähler abstimmen zu lassen, solange der Rausch der versprochenen Goldkronen noch nicht verfliegen ist. Aber daß sich dieses riesenhafte Wahlmander realisieren lassen wird, ist nicht gerade wahrscheinlich.

die gegenwärtige Krise aller Voraussicht nach folgenreicher wirken,

denn sie stellt den wirtschaftlichen Anpassungsprozeß der Industrie, die wir bis zu 80 Prozent aus dem, 50 Millionen Einwohner zählenden Oesterreich-Ungarn übernommen haben an die Tschechoslowakei mit ihrer 14 Millionen Bevölkerung dar.

Dabei denkt noch der Herr Finanzminister daran die

Gehälter der Staatsbeamten herabzusetzen und vielschicht auch Zehntausende derselben zu entlassen in einer Zeit, wo die Teuerung noch lange nicht überwunden ist und wo die Preisbildung wieder eine rückläufige Bewegung annehmen kann.

Der Fasizismus in diesem Staate.

Kramarsch hat in einer Versammlung in Ung. Oradisch gesagt: „Wer sich zwischen uns und dem nationalen Charakter stellt, der muß damit rechnen, daß wir mit ihm wie mit einem Feinde umgehen.“ Das ist die offene Drohung gegen alle jene, die sich in diesem Staate vergeblich fühlen. Auch bei Raschin zeigen sich faszistische Anwandlungen. Das geht aus seinem Ausdrücke hervor, daß wir Individualitäten brauchen, starke Persönlichkeiten, Leute, die nach bürgerlicher Auffassung berufen sind, Staaten und Völker zu lenken. Aber die Mussolinis, die wir haben sind gewissermaßen

Landlöhne der Reaktion,

der politischen und nationalen Reaktion, die darauf ausgeht, die Demokratie und ihre Werke zu vernichten, die

mit dem Antifasizismus anfangen und mit den Sozialisten enden.

In dem Wunsche, mehr Individualitäten zu haben, ist eigentlich die ganze Weltanschauung unserer Gegner enthalten, die Stärkung der kapitalistischen Produktionsweise, die den Kampf aller gegen alle auf wirtschaftlichem Gebiete in sich schließt und so die Existenz des Einzelnen gefährdet, die es mit sich bringt, daß die Kapitalisten ihren Besitz immer mehr in den Händen einzelner konzentrieren und die Massen ärmer und abhängiger werden von denen, die über Grund und Boden über Maschinen und Werkzeuge verfügen. In diese Abhängigkeit vom Geldmenschenum gleichen auch Gemeinden, Bezirke bis hinauf zu den Staaten. Der Bankrott reißt dann alle mit, wie bei der

mährisch-schlesischen Bank.

Man hat hier einzelne Verhaftungen vorgenommen, aber bei der Untersuchung, die jetzt plangreift, glaube ich nicht, daß man allzuviel schürfen wird. Denn

man könnte dabei gar zu leicht auf Leute aus den höchsten Kreisen, die heute als Ehrenmänner herumlaufen, stoßen.

Diese Individualitäten des Herrn Raschin, die mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist, ist auch der

Nährboden für Klassen- und Rassenkampf. Ohne die große Sache der internationalen Sozialdemokratie aus dem Auge zu verlieren,

wollen wir in diesem Staate wirken für die arbeitenden Menschen, für die Verwirklichung unseres Programmes und darüber hinaus streben einem großen Völkerbunde, der in der Zukunft Weltkriege und materielle Kriege unmöglich machen soll.

Der Völkerbund, der von den Siegerstaaten geschaffen wurde ist nur ein Gerichtshof, der alles, was von der Entente ausgeht, mit einem Glorienschein des Rechtes zu umgeben hat, der seine Spitze gegen die dem Bunde nicht angehörenden Staaten, das ist gegen Deutschland, Rußland und Amerika, also gegen die halbe Welt wendet und in diesem Sinne wird er dereinst von der Geschichte, die das Weltgericht bedeutet, verurteilt werden.

Nach dem Genossen Kiefewetter sprach Sen. Kosaček (Agrarier), der sich hauptsächlich mit der Administrative der Slowakei befahte, worauf

Senator Genosse Starl

zu Worte kam, der in seiner Rede u. a. ausführte: Nach dem für die imperialistischen Mächte Mitteleuropas verlorenen Kriege, glaube die Menschheit vom Joche und der Zwangsjacke des Militarismus befreit zu werden. Allgemein war daher das Verlangen, den Militarismus gänzlich zu beseitigen und insbesondere war es England, das den Versuch unternahm, die Abrüstung auf der ganzen Welt einzuleiten. Sein Versuch, der im Interesse der Menschheit unternommen wurde, scheiterte jedoch an dem hartnäckigen Widerstand einzelner Mächte, zu denen insbesondere auch die Tschechoslowakei gehört.

Gefährdung der Orientkonferenz durch die Minderheitsfrage.

Basanne, 13. Dezember. (Schw. Dep. Ag.)
 Mittwoch früh fand eine Diskussion über die Minoritätsfrage statt. Ismet Pascha erklärte, der Schutz des Besitzes der Minoritäten sei durch Gesetze garantiert. Den Christen könne keine Befreiung vom Militärdienst zugestanden werden, um die guten Beziehungen unter den verschiedenen Elementen nicht zu schaden. Er weist die Kontrollkommission für den Minoritätenschutz zurück, da eine Aufsicht mit Souveränität und Unabhängigkeit unvereinbar sei. Immerhin solle die Türkei dem Völkerbunde gebührende Achtung. Eine armenische Delegation ist unerwünscht, da es keine türkischen Provinzen gibt, wo die Türken nicht die Majorität besitzen. Benizelos wiederholt, daß Griechenland den

Austausch der Bevölkerung nicht wünsche. Er besuche auf der Kontrollkommission. Lord Curzon's Rede war sehr ernst gehalten, ja manchmal nahm sie einen drohenden Ton gegen die Türken an. Die armenische Frage sei ein großer Skandal, da von dem Dreimillionenvolk der Armenier nur noch 130.000 leben. Er gebe den Türken den Rat, dem Völkerbund beizutreten, ihr Fernbleiben mache überall einen schlechten Eindruck und solange sie nicht Mitglied seien, sei die Kontrollorganisation durchaus notwendig. Ismet Paschas Erklärungen hätten gezeigt, daß die Türken sich keine Rechenschaft über die Lage geben. Wenn die Konferenz an der Minoritätenfrage scheiterte, wird niemand in der Welt die Türken verteidigen.

Herr Benesch ist es insbesondere gelungen, der dem Völkerbunde plausibel zu machen, daß das Militärbudget in diesem Staate dem Minimum der Bedürfnisse entspricht, zumal die Republik nach dem Zusammenbrüche von 1918 nichts vorfand, was zur Organisation der Wehrmacht hätte brauchbare Verwendung finden können.

Jedermann weiß jedoch, daß nach dem Zusammenbrüche im Jahre 1918 alle Vorratskammern, Magazine und Arsenale überfüllt gewesen sind. Wenn im Budgetausschusse die Behauptung aufgestellt wurde, bei den Ausgaben für den Militarismus werde bereits gespart, so beweist die Tatsache, daß trotz der enorm gestiegenen Kaufkraft der tschechoslowakischen Krone

nur 42 Millionen Kronen abgestrichen wurden, das direkte Gegenteil. England hat rund 1100 Millionen Kronen abgestrichen und den Heeresstand um fast 50.000 Mann verringert. Das kleine Dänemark reduzierte die Militärausgaben um 21,5 Millionen Kronen, Rumänien hat das Heer um 25.000 Mann verringert und selbst in Japan geht man daran, das stehende Heer und die Dienstzeit abzubauen. Schließlich hat sogar der hohe Frankreich und die Verbündete dieses Staates, Preußen, die Dienstzeit auf 18 Monate verringert.

Nur wir in der Tschechoslowakei halten an einem Heeresstand fest, der der Stärke der Truppen der Vereinigten Staaten, in denen 110 Millionen Menschen wohnen, entspricht.

Besonders werde ich mich auch gegen die derzeit noch immer gültige Militärstrafgesetzbuchordnung, die gleich vielen anderen verwerflichen Institutionen aus dem alten Oesterreich mit herüber genommen wurde.

Die Ausgaben, die gelegentlich der Mobilisierung gemacht wurden, sind bis zur Stunde noch nicht budgetmäßig behandelt worden. Nach dem Budget wurden insgesamt für 557 Millionen Kronen Bestellungen gemacht und von diesen Stornierungen in der Höhe von 237 Millionen Kronen vorgenommen, jedoch nur 320 Millionen Kronen wirklich verausgabt wurden. Rechnet man nun auch noch die 100 Millionen Kronen an gemachten Ersparnissen, so bleibt immer noch eine offene Post von nicht weniger als 300 Millionen Kronen, die der dringenden Aufklärung erheischt.

Die kostspielige französische Militärmission, die zur Ausbildung unserer Soldaten berufen wurde, ist nicht in der Lage, diese zu bewerkstelligen, da sie sich mit unseren Leuten gar nicht verständlich machen kann und die die Grobheit und das Schlagen als das geeignetste Ausbildungsmittel erlernt in der Meinung, es sei und mit Marokkanern oder Kasernern zu tun zu haben.

Der Kaskengeist der Offiziere scheint mir indessen auch in die Verwaltung übergegangen zu sein, da diese trotz des bestehenden Gesetzes, nach welchem Interpellationen innerhalb zweier Monate zu beantworten sind, es nicht für nötig und auch gar vielleicht für unnützlich hält, unsere Interpellationen zu beantworten. Ich erinnere hierbei nur an die unerledigten Interpellationen im Senate durch unsere Genossen Löw und Heller, betreffend die Zustände beim Preßburger 23. Infanterie-Regiment, meine und des Senators Friedrich eingebrachte Interpellationen, die sich mit dem am Schußfeld in Staab zugetragenen Unglück, bei dem ein Kind sein Leben einbüßen mußte, befaßte.

Die Abschaffung der Krankenkasse und das Entzuges von Geld- und Krankengebühren als Disziplinarkasse können wir ehestens erwarten.

Wir vermissen aber auch noch immer die Vorlage eines neuen Unterhaltsbeitragsgesetzes, das man uns schon vor Jahresfrist versprochen hat. Aber auch gegen die Handhabung der österreichischen Unsitte, wie insbesondere gegen die verächtlichsten Koffer-visiten, wenden wir uns mit aller Entschiedenheit, da wir in Erfahrung bringen mußten, daß trotz des Wahlrechtes der Soldaten, deren politische Meinung nicht nur ungedrückt, sondern sogar verboten wird. Dies trifft insbesondere bei den kommunistisch orientierten Soldaten zu.

Es wird immer klarer, daß die Militärverwaltung nach dem Willen des Generalstabes zu tanzen hat, denn sonst hätte es nicht passieren können, daß gelegentlich der Beratung über die Gewährung von Begünstigungen an Familienangehörige gesagt wurde, daß weitere Begünstigungen nicht möglich seien, weil der hohe Generalstab dagegen Einspruch erhebe. Ansonsten ist der Herr Minister für nationale Verteidigung in seiner Art einzig schuldig. Den Offizieren, die am 28. Oktober in Preßburg bei der Staatsfeier nicht mitwirkten, droht er mit Mahregelung, während er hinsichtlich des

Abbindens der Soldaten
 weder Recht noch Befehl kennen will. Der Toten und Krüppeln, die bei Schießversuchen und dergl. verunglückt sind, gedenkt er kaum mit einem Worte. Nun hat sich der Herr Minister für nationale Verteidigung vor kurzem im Budgetausschusse des Senates über die Militärausgaben und führte eine bewegliche Klage über die teure Militärausgaben. Nach seiner bürgerlichen Auffassung ist es billiger, junge Menschen aus dem Berufe zu reißen, dem Wirtschaftsleben zu entziehen und in eine Kaserne zu stecken.

Der Militarismus ist ja nötig, um die Richtigkeiten, die man ohne ihren Willen in diesen Staat hineinzwingte, innerhalb der Staatsgrenzen im Zaume zu halten.

Der Herr Ministerpräsident meint in seiner Antrittsrede, daß die Armee materiell ausgebaut werden müsse. Wir benötigen also noch viel Geld für Kasernen und brauchen auch noch viele Soldaten. Dabei werden die tschechischen Sozialdemokraten dem Minister überal glauben, daß ein stehendes Heer mit all diesen ungeheuren Bedürfnissen billiger kommt als die Militärausgaben.

Nun gestatte ich mir, nachstehende Anträge zu unterbreiten:

Der erste Antrag betrifft die Aufhebung der militärischen Abteilung bei dem Präsidenten der Republik. Der zweite die Einführung der 14monatlichen Dienstzeit und die Herabsetzung des Heeresstandes auf 75.000 Mann. Der dritte Antrag verlangt vom Ministerium für nationale Verteidigung einen Bericht über die anfänglich der Mobilisierung erwachsenen Kosten.

Den Herrn Minister für nationale Verteidigung möchte ich bei dieser Gelegenheit auf einen Uebelstand aufmerksam machen, der darin besteht, daß man Gemeinden, die Garnisonen besitzen, zur Zahlung der Posten vorübergehender Bequartierung von Offizieren zwingt, wodurch den Gemeinden große Kosten erwachsen. Als Beispiel führe ich die Stadt Mies an, die in den Jahren 1919 bis 1922 für solche vorübergehende Bequartierungen einen Betrag von 15.605 Kč bezahlen mußte. Des weiteren gestatte ich mir die Anfrage, ob es mit Rücksicht auf die in der Stadt Mies bestehende Wohnungsnot notwendig ist, daß die Offiziere des dort stationierten Artillerieregimentes, welches aus 6 Batterien besteht, eine eigene Offiziersmesse eingerichtet haben, und die dazu notwendigen Räumlichkeiten, in denen, wie gesagt, Mangel besteht, trotz des Einspruches der Gemeinde beschlagnahmt haben.

Zum Schluß erklärt der Redner, daß unsere Genossen diese großwahnsinnige Politik nicht mitmachen können und gegen das Budget stimmen werden. (Beifall.)

Nach dem Genossen Stark sprachen noch die Senatoren Dr. Brabec (Nat. Dem.), Doktor Prochazka (Agr.), Studroch (Sch. Soz. Dem.), Filipinsky (Sch. Soz. Dem.) und Dr. Vesely (Sch. Nat. Soz.). Der Letzte erklärte, daß die Deutschen es nach der Gründung dieses Staates abgelehnt haben, mitzuwirken. Sie hätten eine Aufforderung, in den „Narodny vybor“ einzutreten und an der Verfassung mitzuwirken, einfach abgelehnt.

Somit war die Debatte über den politischen Teil des Budgets beendet und wurde sofort die Debatte über den finanziellen Teil eröffnet.

Senator Genosse Löw.

Genosse Löw wendet sich zuerst gegen die Behauptung des Redners, daß die Deutschen die Mitarbeit an der Verfassung abgelehnt haben, nachdem sie ja dazu gar nicht eingeladen wurden. Er fährt dann fort: „Die finanziellen Verhältnisse in diesem Staate sind derart, daß wir von Tag zu Tag, wo immer wir hinkommen, überall hören, daß die Kassen leer sind, daß infolgedessen nichts ausgegeben werden kann, um die Not, die gegenwärtig besteht, lindern zu können. Wenn wir das Budget uns ansehen, so finden wir, daß wir gegenüber den früheren Verhältnissen uns in einem ganz anderen Zustande befinden. Ich habe zufällig noch die früheren Summen aus dem österreichischen Parlamente im Gedächtnis. Als wir z. B. im Jahre 1913 das erste Mal ein Budget von 3 Milliarden überschritten hatten, ging durch das ganze Reich ein Sturm der Entrüstung. Doch damals wurden die Steuern auf 29 Millionen ausgesetzt. Unser 20 Milliardenbudget verteilt sich jedoch nur auf 13 Millionen Einwohner. Wir wissen heute nicht mehr, woher die Summen und Beträge nehmen, die wir in das Budget einstellen müssen.“

Ich habe mir vorgenommen, gerade dieses Kapitel zu berühren, um aufzuzeigen, wie es in unseren Gemeindehäusern aussieht, und wozu die Gemeinden unter dem glorreichen Regime des gegenwärtigen Staates gekommen sind.

Es war früher so, daß sich nie eine Regierung getraut hätte, an die Grundsteine der Gemeindeautonomie Hand anzulegen.

Es ist dem gegenwärtigen Staate vorbehalten geblieben, die Autonomie der Gemeinde zugrunde zu richten. Und zwar sukzessive. Das erste Mal mit der Novelle vom 7. Feber 1919. Damals ist eine Ver-

änderung in der Gemeindeordnung eingeführt worden. Damit, daß man den Gemeinden eine Finanzkommission einsetzt, welche die ganze Finanzverwaltung der Gemeinden noch zu überprüfen hatte, hat man eine gewisse Bevormundung aller Gemeinden geschaffen. Es ist, ich glaube, der § 19 dieses Gesetzes, der sagt, daß die Regierung von den Gemeinden übernehmen wird die Erhaltung der Straßen, das Armenwesen, Wohlfahrtsanstalten, das Sicherheitswesen usw. Wir wissen, wie die Regierung und der Staat den Gemeinden gegenüber und noch dazu, wenn es deutsche Gemeinden sind, vorgehen. Wir wissen, daß sie alles mögliche unternehmen, die Steuererlöse aus den deutschen Gemeinden herauszunehmen, aber in deutschen Gemeinden ist bisher nichts gemacht worden.

Wenn Sie die Möglichkeit haben, den Staat zu durchfahren, werden Sie finden, daß Straßenbau, Brückenbauten, Flußregulierungen und alles mögliche zwar vorgenommen wird, aber nur nicht in deutschen Gemeinden. Alles geschieht in tschechischen Gegenden. Ich glaube, dies ist auch in den slowakischen Gegenden der Fall.

Im Jahre 1921, bezw. im Herbst 1920 ist man daran gegangen, den Gemeinden die Einhebung der Gemeindefumlage wegzunehmen und man hat damals erklärt, daß man dadurch eine Erleichterung in der Gemeindeführung herbeiführen werde. Man hat die Einhebung der Gemeindefumlagen den Steuerämtern übertragen und seit der Zeit haben die Gemeinden ihre liebe Not,

weil sie eigentlich von dem, was sie einheben, niemals etwas oder nur sehr wenig bekommen.

Nun schreibt aber das Gesetz, wie ich bereits gesagt habe, vor, daß die Gemeinden schon drei Monate vor Jahresabschluss das Budget machen müssen. Wenn aber eine Gemeinde einen ordentlichen Vorausschlag machen soll, dann muß sie zumindest eine Grundlage dazu bekommen. Diese Grundlagen können aber wieder nur von Seite des Steueramtes gegeben werden.

Seit 1920 sind jedoch keine Steuervorschriften hinausgegangen.

Dadurch, daß diese Vorschriften nicht hinausgegangen sind, ist das Aufstellen von Vorausschlägen in den Gemeinden nur eine Fabel.“

Redner weist nun an Hand eines Beispiels des Vorausschlages der Gemeinde Drahowitz seine Behauptungen nach, wendet sich scharf gegen die gehandhabte Praxis der Steuervorschriften und fährt dann fort: „Als ich nun im Finanzministerium verlangte, daß man den früheren Zustand wieder einführen solle, daß die Gemeinden selbst das Recht bekämen, die Umlagen, die sie vorschreiben, auch einheben zu können, da hat mir der Herr im Finanzministerium gesagt: Das würde den Gemeinden rasen, da würde der Staat, den sie noch bekannter Art behandeln, dann wahrscheinlich gar nichts bekommen und wir würden das Nachsehen haben.“

Als ich in der vergangenen Woche bei den einzelnen Steuerämtern angefragt habe, wie es eigentlich komme, daß man mit der Steuervorschrift so im Rückstande ist, wies man mir nach, daß man immer mehr an Angestellten, Beamten und Kanzleifräften wegnimmt und daß man infolgedessen nicht in der Lage sei, der Arbeit, die die Steuerämter aufgebaut bekommen, zu entsprechen.

Das ist nun gewiß die verkehrteste Art, wenn man dort anfängt zu sparen.

Als ich nachfragte, was eigentlich die Ursache der Ründigung gewesen ist, da sagte man mir, der einzige Grund der Entlassung bezw. Ründigung wäre der, daß die Bekündigten nicht tschechisch verstanden. Ich meine, daß müßte sich gleich bleiben.

Wahrscheinlich ist doch, ob der Beamte seine Pflicht erfüllt.

Den Gemeinden wurden noch die Belastungen der Arbeitslosenagen den mit übertragen und man hat verlangt, daß die Gemeinden Rotstandsarbeiten vergeben sollen. Gewiß, das wäre eigentlich das richtigste und ich bin der letzte, der auf dem Standpunkt steht, daß man die Arbeiter mit Almosen abspesen soll. Für mich wäre maßgebend, daß man in dem Momente, wo man die Arbeitslosigkeit tatsächlich einsehen sieht, sofort mit Arbeiten beginnen würde. Bis jetzt war das nicht möglich! Im Gegenteil, man hat lieber Millionen für Arbeitslosenunterstützung ausgegahlt, bevor man

daran gegangen wäre, vielleicht auf dem Gebiete des Wohnungswesens irgend etwas durch Bauten zu unternehmen.

Redner bespricht sodann die sich auf dieses Kapitel des Budgets beziehenden Abänderungsanträge unserer Genossen und erklärt zum Schluß, daß die Regierung das Vertrauen unserer Genossen nicht hat. (Beifall.)

Nach der Rede des Genossen Löw befaßte sich

Sen. Dr. Karas (Sch. Agr.) besonders mit dem derzeitigen Tarifwesen, worauf

Sen. Hübner („S. d. L.“) das Wälderbeschlagnahmegesetz und den Kriegsanzleihe-Einlösungsentwurf scharf angriff. (Der Vorsitzende Dr. Soukup ruft ihn nach seiner Rede für den Ausdruck: „das Kriegsanzleihe- und das Bodenreformgesetz wären Betrug und Diebstahl“ zur Ordnung.)

Sen. Piras (Sch. Soz. Dem.) kritisierte das herrschende Steuerwesen und richtete heftige Angriffe gegen die Hypotheken, die in der Zeit der Wirtschaftskrise ungeheure Dividenden auszahlen können.

Darauf nahm

Senator Genosse Rejzl

Zu dem vorliegenden Budgetteil Stellung, dessen Rede wir in der nächsten Folge unseres Blattes nachtragen werden.

Zum Schluß sprachen noch die Senatoren Krosjer (Sch. Agr.), Weizner (D. Nat.) und Jacek (Nat. Dem.), worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Fortsetzung der Spezialdebatte Donnerstag 10 Uhr vormittags.

Inland.

Finanzminister Rajchin — Rechtsvertreter eines englischen Bankkonzerns?

Das gestrige Abendblatt des „Pravo Lidu“ enthält einen Bericht über eine Sitzung des Klubs der sozialdemokratischen Mitglieder der Zentralverwaltungskommission von Prag, in der Genosse Dr. Langer mitteilte, daß er seine Stellung als Finanzreferent der Prager Gemeinde niederlege. Als Grund führte er an: Bei den Verhandlungen über die englische Investitionsanleihe wurde mit dem Rechtsvertreter der Bankgruppe, Dr. Alois Rajchin, jetzigem Finanzminister, vereinbart, daß die Anleihe auch zur Errichtung eines Elektrizitätswerkes in Seestadt verwendet werden könne. Nun haben die englischen Bankiers der Stadt Prag bekanntgegeben, daß sie ihre Zustimmung zur Verwendung der Anleihe für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes in Seestadt nicht geben können, und berufen sich dabei auf das Urteil des Dr. Rajchin, der auch jetzt als Finanzminister die englischen Bankiers in ihrem Rechtsverhältnis zur Prager Gemeinde vertritt. Der Konzipient des Dr. Rajchin, Dr. C. Sner, hat in letzter Zeit beim Ministerium für öffentliche Arbeiten in diesem Sinne interveniert (das heißt jedenfalls, er wollte das Ministerium für öffentliche Arbeiten gegen die Prager Gemeinde aufheben). Es ist das eine schöne Geschichte, die da Genosse Dr. Langer vom Finanzminister erzählt. Der Finanzminister ist der private Vertreter eines englischen Bankkonzerns und schickt seinen Konzipienten in ein Ministerium, um zu intervenieren. Der Finanzminister wird sich jedenfalls zu rechtfertigen haben, wie er seine Stellung als Finanzminister mit der eines Rechtsvertreters ausländischer Banken vereinbart und ob dies mit seinem Mandat als Minister und Abgeordneter nicht im Widerspruch steht. Aber auch der Genosse Dr. Langer müßte seine Gesinnungsgenossen, die mit Herrn Dr. Rajchin in einer Regierung sind, diesbezüglich interpellieren, wie sie weiter mit einem Minister in der Regierung sitzen, gegen den Dr. Langer derartige Beschuldigungen erhebt.

Aus dem Wehrausschusse des Abgeordnetenhauses. In der gestrigen Sitzung wurde zunächst die Regierungsvorlage betreffend die Verlängerung des gegenwärtigen provisorischen Einquartierungsgesetzes für das Jahr 1923 beraten. Abg. Genosse Joll erinnerte daran, daß schon bei der Beratung des nun zu verlängernden Gesetzesentwurfes eine Resolution gestellt und angenommen wurde, daß das Ministerium für nationale Verteidigung eine alle Fragen der Einquartierung umfassende Vorlage dem Hause zu unterbreiten habe. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Es besteht die Befürchtung, daß die Regierung auch weiterhin diese Resolution übergehen könnte, weshalb Redner einen diesbezüglichen Antrag stellt. Dieser Antrag wird abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen. In längerer Rede verlangt sodann Abg. Hummelhans Aufklärung über den Stand der Einführung der Miliz. Er beantragt die Entsendung einer politischen Studienkommission in die Länder, wo die Miliz eingeführt ist. Abg. Genosse Joll setzt in längerer Rede die allgemeine anerkannten Vorzüge des Milizsystems gegenüber dem stehenden Heer auseinander und wendet sich dann gegen die Luertreibereien gewisser Offizierskreise und des Generalinspektors Nachar gegen die Miliz. Er bedauert, daß auch der Minister seine Stellung zur Miliz geändert hat und sich von den Berufsmilitaristen beeinflussen läßt. Redner unterstützt den Antrag Hummelhans. Der Minister erklärt, demnach daß weitere Material in der Milizfrage dem Wehrausschusse unterbreiten zu wollen. Er habe nichts dagegen, daß eine neuerliche Kommission in die Schweiz entsendet werde, an der einige Mitglieder des Wehrausschusses teilnehmen. Damit gab sich die Mehrheit des Ausschusses zufrieden.

Das Verschwinden des Handelsvertrages mit Russland von der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses. Im Aufnahmehaus des Abgeordnetenhauses stellte Abg. Genosse Dillebrand an den Vorständen eine Anfrage deshalb, weil die Handelsverträge mit Sowjet-Russland und der Ukraine, die bereits im kaiserlichen Reichstag genehmigt worden und schon auf der Tagesordnung des Hauses standen, wieder abgesetzt wurden. Es geschah das wegen einer von Reichlich beantragten und von Druskowsky abgeänderten Resolution der Regierung zustimmte, die vom Hause einstimmig angenommen worden war, gegen die aber dann in der nationaldemokratischen Presse von Dr. Kramar eine heftige Treiberei entfaltet wurde. Der Vorsitzende Abg. Remece erklärte, vollkommen geschäftsordnungsmäßig vorgegangen zu sein.

Arbeitsmethoden der Mehrheit. In der Sitzung des Budgetausschusses wurde unter anderem auch das Garantiefesetz für die österreichische Anleihe verhandelt. In unbedachter Offenheit erklärte Referent Spädel, daß er nicht genügend vorbereitet sei, da er die Vorlage erst in der Formittagsitzung erhalten habe. Genosse Fischer wies darauf hin, daß unsere Partei jede Hilfe für Österreich willkommen heiße, daß sie aber aufs schärfste die schmachvollen Bedingungen der Genfer Protokolle verdamme. Er verlangt ferner, daß die Verhandlung verläßt werde, bis die Nationalversammlung über die Genfer Protokolle entschieden habe, worauf der Vorsitzende einfach das Gesetz über die Genehmigung der Genfer Protokolle noch mit in die Tagesordnung einbrachte. Die Abgeordneten Subnik und Genosse Hadenberg protestieren dagegen, daß sie keine Einladungen erhalten haben und die Einberufung der Sitzung nicht kundgemacht worden war. Genosse Fischer protestierte gegen den Bruch der Geschäftsordnung. Der Vorsitzende aber rechtfertigte sich damit, daß er erkläre, die Mehrheit des Ausschusses habe seinem Vorgehen zugestimmt. Die Majorität arbeitet eben mit Vollstimm und weist auf die Geschäftsordnung.

Die Arbeiterkrankenversicherung.

Ein Verbesserungsantrag der Abgeordneten Genossen Raub, Schäfer, Wohl und Hadenberg im Abgeordnetenhaus.

Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf vorgelegt, mit welchem die Geltungsdauer des gegenwärtigen Krankenversicherungsgesetzes, die am 31. Dezember 1922 abläuft, unverändert bis 30. Juni 1923 ausgedehnt wird. Dieser Umstand veranlaßte unsere Genossen im Abgeordnetenhaus, einige Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes in Vorschlag zu bringen. In dem Motivenbericht hierzu heißt es u. a.:

Wir sind von der Ansicht geleitet, daß es unbedingt notwendig ist, eine Reform der Krankenversicherung nach der Richtung hin vorzunehmen

damit die Krankenkassen wirklich in der Lage sind, als Unterbau der Sozialversicherung dienen zu können.

Unser Streben ist deshalb dahin gerichtet, alle erwerbsfähigen Menschen in die Krankenversicherung einzubringen. Deshalb beantragen wir die Streichung des gegenwärtigen § 3, der die definitiven Beamten, Angestellten und Bediensteten des Staates von der Krankenversicherungspflicht befreit und beantragen die Aufnahme einer neuen Bestimmung, nach welcher diese Personen der Krankenversicherungspflicht unterliegen müßten, wobei auf die spezifischen Verhältnisse (Vorbezug des Gehaltes während der Krankheit) entsprechend Rücksicht genommen wird. Durch die Aufnahme dieser Bestimmung soll auch den seit langem geäußerten Wunsch dieser Angestelltenkategorie Rechnung getragen werden, es soll aber jenen entgegengekommen werden, daß sie wieder eine eigene Institution schaffen wollen.

In grundlegenden Änderungen beantragen wir die Streichung des letzten Absatzes des § 11, der in bestimmten Fällen die Errichtung von Bezirkskrankenkassen zuläßt. Wir beantragen, daß die Errichtung neuer Kassen untersagt wird und daß im § 12 jene Bestimmung gestrichen werde, welche die Errichtung der landwirtschaftlichen Krankenkassen unter gewissen Voraussetzungen zuläßt. Wir stehen unerröckelt auf dem Standpunkt, daß auf Grund der Erfahrungen, die man in Deutschland in einem Jahrzehnt zu sammeln Gelegenheit hatte, eine wirklich gezielte Arbeit innerhalb der Sozialversicherung nur dann gewährleistet wird, wenn alle Faktoren, die auf diesem Gebiete tätig sein wollen, zusammengefaßt werden, wenn Einheitsinstitutionen zur Grundlage des ganzen Baues gemacht werden.

Wir verlangen, daß die Zeit, für welche die Böhmerinnen eine Unterstützung vor der Niederkunft gewährt worden ist, in die Karenzfrist nicht eingerechnet werde. Die Handhabung des bisherigen Grundsatzes seitens einiger Krankenkassen, daß die Unterstützung vor der Niederkunft in die Karenz eingerechnet wurde, hat zu vielen Ungerechtigkeiten geführt.

Wir verlangen, daß die Bezirkskrankenkassen Mitglieder anderer Krankenkassen nicht nur zu übernehmen haben in Behandlung, sondern, daß es auch ihre Pflicht ist, die Kontrolle unentgeltlich durchzuführen.

Wir beantragen sowohl im § 6 als im § 7 die Streichung der ersten Lohnklasse, die auch bei Rückkehr ganz normaler Verhältnisse ohne weiteres delimitiert werden kann.

Der Umstand, daß kranke Personen auf ein Krankengeld von 1.40 K gesetzt sind, muß unbedingt beseitigt werden.

Im § 8 streben wir die Ausnahme einer Bestimmung an, nach welcher ausdrücklich festgelegt wird, daß die Krankenkassen zum Ersatz der Pflegegebühr für Personen, die aus sanitätspolizeilichen Gründen in einem Krankenhaus untergebracht werden, nicht verpflichtet sind.

Im § 9b beantragen wir, daß die Unterstützungsfonds bei allen Krankenkassen ohne Rücksicht darauf, ob andere Mittel vorhanden sind oder nicht, geschaffen werden sollen. Gestützt auf den mit den Angestellten abgeschlossenen Kollektivvertrag wollen wir die Sicherung der Pensionsansprüche der Angestellten dadurch ermöglichen, daß wir vorsehen, daß die Krankenkassen eigene Fonds schaffen und aus der laufenden Gebahrung dotieren können.

Im § 32 wollen wir die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Ersatz der aufgelaufenen Kosten im Erkrankungsfalle einer verstorbenen oder nicht angemeldeten Person auch ausgedehnt wissen auf jene Fälle, in denen der Arbeiter nicht ordnungsgemäß angemeldet wurde.

Im § 58 wollen wir eine klare Fassung, aus welcher hervorgeht, daß Mitglieder von Genossenschaftskrankenkassen nur Personen sein können, welche bei Pflichtenmitgliedern der Genossenschaften

beschäftigt sind. Es soll damit dem ungefählichen Vorgehens vorgezogen werden, daß die einzelnen Unternehmungen der bestehenden Genossenschaftskrankenkassen als freiwillige Mitglieder beitreten und daraus das Recht ableiten, auch die bei ihnen beschäftigten Personen bei der Krankenkasse anmelden zu können.

Wir verlangen die Aufhebung des Artikels II des Gesetzes vom 22. Dezember 1920, mit welchem die freie Arztwahl statuiert wird. Die freie Arztwahl hat sich in Deutschland nicht eingebürgert, sie ist kein erstrebenswerter Zustand.

Schließlich verlangen wir eine Ergänzung des Artikels XXI, vom 15. Mai 1919 nach der Richtung hin, daß die Tätigkeit der registrierten Heilpraktiker sich nur auf den Bereich eines bestimmten Bezirkes beschränken soll. Es ist nicht einzusehen, warum diese Krankenkassen eine bevorzugte Stellung einnehmen sollen vor den übrigen Krankenkassen.

Bei der praktischen Handhabung der Bestimmungen hinsichtlich der

Familienversicherung

haben sich einige Unebenheiten ergeben, deren Beseitigung wir nun anstreben. So wollen wir, daß auf die Leistungen von dem Tätigen in der Familie auch eheleiche und uneheliche Kinder Anspruch erheben können, die wohl das 16. Lebensjahr überschritten haben, aber erwerbsunfähig und auf den Verdienst des Versicherten angewiesen sind. Ebenso verlangen wir, daß die mit 4 Wochen festgesetzte Karenz beseitigt wird.

Gegen die agrar kapitalistische Politik.

Am landwirtschaftlichen Ausschusse wurde am 13. Dezember nach vierstündiger Sitzung die Debatte über die Arie in der Landwirtschaft abgeschlossen.

Der Tag gehörte diesmal den sozialistischen Rednern, welche den Agrariern hart zusetzten. Im agrarischen Sinne sprachen lediglich Abg. Budig (deutsch-christlich-sozial), der den Mangel an entsprechenden Agrarzulagen als Grundübel der Landwirtschaft bezeichnete. Von schicksaliger Seite beteiligten sich an der Debatte die Abg. Binow, Koudella, Brdenst und Jemin. Sie traten für den Freihandel ein, kritisierten die Bodenreform und geißelten die Arbeiterfeindschaft der Agrarier.

Von unserer Seite sprach Abgeordneter Genosse Schweichart.

Er sagte u. a.: Der Herr Minister Sodza dürfte wohl der erste sein, dem sowohl Tschechen wie Deutsche (Agrarier) einmütig zustimmten. Unser Redner zeigte den Widerspruch der kapitalistischen Argumente auf, die auf der einen Seite das Spiel der freien Kräfte verlangen, die in Bezug auf die Ausnützung einer ihnen günstigen Geschäftslage kein Hindernis dulden wollen, andererseits aber sofort die Hilfe des Staates verlangen, wenn die Geschäfte ihnen nicht mehr den gewohnten Gewinn bringen.

So gerne wir eine Entlastung der Landwirtschaft durch Verringerung der Steuerlasten sehen würden, so gibt es für uns in der Zollfrage keine Raedgierigkeit.

Nebrigens herrschen selbst in den Kreisen der agrarischen Produzenten, welche an der Zollfrage interessiert sind, geteilte Ansichten. Jene, die Hopfen, Gerste, Holz, Jucker, Malz usw. erzeugen, verlangen ungehörte Ausfuhr, die Getreide- und Viehproduzenten jedoch Drofflung

der Einfuhr. Während der Handelsminister für einen bedingten Zollschutz ist, verlangt der Finanzminister nur nicht hohe Zölle. Das Interesse der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung und der Kleinrentner spricht aber mit aller Entschiedenheit gegen die Agrarzölle überhaupt. Redner begründet dies an der Hand der Gutachten namhafter Volkswirtschaftler und Fachleute, die nachgewiesen haben, daß hohe Vieh- und Getreidezölle wohl augenblicklich einen Vorteil gewähren können, aber den Landwirten sehr gefährlich werden, wenn nach der durch die Preissteigerung erwirkten riesigen Wertberhöhung der Bauerngüter infolge eines Sinkens der Preise eine starke Hypothekenschuldung und damit Verarmung eintritt. Der Krieg brachte eine ungemein große Wertsteigerung der Bauerngüter, die besonders für die Erben in der jetzigen Zeit verhängnisvoll werden muß. Die hohen Produktionskosten werden nicht zum wenigsten durch die hohen Bodenpreise hervorgerufen und es ist die verkehrteste Produktionspolitik, wenn die Landwirte für die Erhöhung der Uebernahmepreise der kleinen Pachtgründe und des beschlagnahmten Großgrundbesitzes eintreten. Redner erinnert daran, daß trotz aller Schutzölle die österreichische Landwirtschaft den heimischen Bedarf nicht deckt und jährlich 10 bis 20 Millionen Meterzentner Getreide und 5 Millionen Meterzentner Fleisch eingeführt werden müssen. Unser momentane Ueberfluß an minderwertigem Schlachtvieh rühre meist von der Futtermittelnot her.

Redner wandte sich dann gegen die von den Agrariern offen zur Schau getragene Arbeiterfeindschaft und dagegen, daß auf Kosten des ländlichen und städtischen Proletariats die Profite der Agrarier gesichert werden.

Man dürfe nicht vergessen, daß eine Verabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse gleichzeitig eine Einschränkung des Absatzes bedeute. Die agrarische Frage ist uns nicht, wie den Landkapitalisten eine Frage möglichst hoher Grundrenten, sondern eine Frage der klaglosen Volksernährung.

Die Quelle der Volksernährung, der Boden, ist durch die kapitalistische Wirtschaft vergiftet. Das Volk als Eigentümer von Grund und Boden hat die Verteilung und Verwendung des Bodens zu kontrollieren und auf die Preisbestimmung der Produkte einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Die starke Zunahme des Genossenschaftswesens, die kommunale und Staatswirtschaft zeigen ja den Fortschritt der Produktionsweise in der Entwicklung zum Sozialismus hin.

Zum Schluß warnte Genosse Schweichart davor, so wie im alten Österreich über dem Landwirtschaftsministerium die grüne Fahne des Agrarismus wehen zu lassen. Dieses Ministerium müßte vielmehr die Interessen der Volksgesamtheit wahren.

Das Militär in Konstantinopel.

Paris, 13. Dezember. (Savas.) Wie der „Matin“ aus Lausanne meldet, hat die Kommission für Meerengenfragen gestimmt, daß die Türkei in Konstantinopel eine Garnison von 12.000 Mann habe. Zugleich wurde den Türken das Recht zugestanden, dort eine Marinebasis zu besitzen und die Küste des Marmarameeres mit Geschützen zu versehen, deren Kaliber aber nicht größer als 15 Zentimeter sein dürfe. Doch wurde die Bedingung gestellt, daß die Türkei dort keine Torpedierstationen haben dürfe.

Die Not der Heimarbeiterinnen.

Von Gertrud Hanna.

Die Zahl der Heimarbeiterinnen ist ins Ungemeine gestiegen. Insbesondere vermehrt sich die Zahl der Frauen, die zu Hause Handarbeiten verrichten. Sie stricken und häkeln Jumper, Anderleiden, Mützen, Schuhe; sie stricken und häkeln Tücher aus feinstem Garn, sie stricken Tücher und Häfen, machen Schiffsäume mit der Hand in Kleider, Blusen, Vorhänge, Tischentwürfe usw., sie häkeln und nähen Spitzen, machen Filzarbeiten und ähnliche Dinge, und sie leisten recht häufig so kunstvolle und mühselige Arbeit, daß einem die Augen wehnen, wenn man die Arbeiten betrachtet.

Für die Ausbreitung dieser Art Beschäftigung der Frauen wird ungeheure Propagandagemaßnahmen, an der sich auch Arbeiterblätter beteiligen, und ungezählte Stellen geben Gelegenheit, sich die nötigen Kenntnisse für diese Arbeiten zu erwerben. Häufig erfolgt die Unterweisung gegen nur ein geringes Entgelt, manchmal auch ganz umsonst. Wohlmeinende Frauen, Wohlfahrtsorganisationen, Hausfrauenvereine usw. widmen sich dieser Arbeit und sie haben nicht selten in Verbindung mit Beschäftigten, die ihnen Aufträge zur Weitergabe an Heimarbeiterinnen oder zur Anfertigung in eigener Werkstatt geben. Einige dieser Stellen geben bereits einer großen Zahl von Heimarbeiterinnen Beschäftigung, und einige bemühen sich auch mit Erfolg, für die Arbeiterinnen beziehungsweise für die Heimarbeiterinnen Löhne zu erreichen, die annehmbar sind. Die Mehrzahl der Heimarbeiterinnen, die Handarbeiten leisten wie geschilbert, werden allerdings miserabel bezahlt. Es existieren schon zahlreiche sogenannte Zwischenmeister, die nur einen Teil des Erlanges, was die Unternehmer zahlen, den Heimarbeiterinnen geben. Diese begnügen sich meist mit dem,

was sie bekommen, und sind zufrieden, etwas zu verdienen auf für sie bequeme Weise und durch Arbeiten, die von Frauen mit Vorliebe gemacht werden. Handarbeiten sind bei Frauen immer beliebt, sie sind aber immer fast ausnahmslos schlecht bezahlt worden, obwohl handgearbeitete Gegenstände beim Verkauf horrenden Preise erzielen. Bei den Handarbeiten fehlte in der Regel ja die vorwärtsdrückende Wirkung, die dort vorhanden war, wo gleiche Arbeiten auch in der Werkstatt angefertigt wurden, und ein solidarischer Vorgehen zur Verbesserung der Verdienste war unso schwerer möglich, als diejenigen, die jene Arbeiten verrichteten, nicht selten den verschiedensten Gesellschaftsschichten angehörten. Handarbeiten gegen Entgelt sind schon immer außer von Frauen aus der Arbeiterschaft von Frauen der sogenannten besseren Schichten angefertigt worden, die sich ihrer Erwerbsarbeit schämten und schon deshalb sich einer Vereinigung zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen nicht angeschlossen hätten, vor allen Dingen dann nicht, wenn diesen Vereinigungen auch Arbeiterinnen angehörten. Die Frauen aus diesen Schichten bilden aber stets eine gefährdete und gehetzte Konkurrenz. Sie waren in der Regel die Lohnrücker, und sie sind es vielfach auch heute noch. Heute wirkt diese Konkurrenz aber um so schlimmer, weil sie jetzt in sehr viel größerer Zahl auf dem Arbeitsmarkt aufzutreten ist als früher. Die Frauen des verarmten Mittelstandes und die vielen alten und nicht voll erwerbsfähigen Frauen, die jetzt alle noch Verdienst suchen, stützen sich auf die für sie bequeme Gelegenheit, Handarbeiten zu Hause gegen Entgelt machen zu können.

Der Andrang zu den Arbeitsgelegenheiten der Heimarbeiter bedeutet aber eine große Gefahr für die Verdienstmöglichkeiten durch diese Arbeitsmethode, aber auch eine Gefahr für die Entlohnung der Frauen ganz allgemein. Dies muß für alle, die dazu beitragen können, Veranlassung sein, mehr als bisher die Bestrebungen zu fördern, die Notlage der Heimarbeiterinnen zu lindern.

Wie groß diese auch heute noch vielfach ist, zeigen folgende als Beispiele herangezogene Fälle: In Schlesien ist die Spitzenheranzüger in zahlreichen Orten die beinahe einzige Gelegenheit zu Arbeitsverdienst für Frauen in der Heimarbeit. Die Spitzen werden angefertigt aus ganz feinem Garn in Häharbeit mit der Hand im Auftrage der von der Fürstin v. Pleß gegründeten Spitzenschulen. Diese lernen die Frauen in ganz kurzen Kursen an und geben ihnen dann Arbeiten für die Heimarbeit mit. Die Schulen liefern die Muster, die Eigentum der Schulen bleiben. Dadurch aber bleiben die Arbeiterinnen in vollständiger Abhängigkeit von der Schule und können nie in die Lage, ihr Können für eigene Rechnung zu verwenden.

Es sind ganz wunderbare Arbeiten, die von den Frauen der schlesischen Gebirgsorte angefertigt werden in unglücklich mühevoller Arbeit. Bis vor ganz wenigen Wochen belamen die Frauen für diese Arbeiten eine Entschädigung für die ein Stundenlohn von 3.50 Mark (drei Mark und 50 Pfennig) zugrunde gelegt war. Dafür mußten die Frauen aber noch Ausgaben für Material bestreiten, für Garn und für den Stoff, über dem die Arbeiten hergestellt werden und der nur einmalig verwendet werden kann. Seitdem im September dieses Jahres sich eine Versammlung der Heimarbeiterinnen der Gegend mit diesen Schandlöhnen beschäftigt hatte, wurden die Löhne für einige Arbeiten auf sechs Mark pro Stunde erhöht, und es wurde auch ein Teil des Materials geliefert. In neuester Zeit sind die Löhne im allgemeinen etwas erhöht worden, so daß durch sie ein Stundenverdienst von 7.50 Mark herauskommen soll, der aber selbst von den geduldeten Arbeiterinnen nicht erzielt wird.

Ähnliche niedrige Stundenlöhne zahlt der Verein „Hausfleiß“, der in Warmbrunn seinen Sitz und auch seine Verkaufsstelle hat. Gründer ist ein Reichsgraf Schaffgotsch. Der Verkaufsraum der Spitzenschule in Hirschberg ist die Niederlage für die kunstgewerblichen Erzeugnisse des Vereins

„Hausfleiß“. Für alle für diesen Verein in der Heimarbeit hergestellten Arbeiten kunstgewerblicher Art wurde noch vor wenigen Wochen (Anfang Oktober) ein Stundenlohn von fünf Mark gezahlt. Beide Gründungen, die Spitzenschule und der Verein „Hausfleiß“, wollen Wohlhabenderrichtungen sein, und beide möchten in ihren Verkaufsräumen mit den Namen ihrer Gründer — und der Verein „Hausfleiß“ außerdem mit dem Namen seiner Protokollanten, zu denen auch die Handelskammer des Bezirks zählt — an hervorragender Stelle reklamieren. Sie rechnen für die zum Verkauf stehenden Gegenstände Preise, die sich von den Preisen anderer Geschäfte durchaus nicht unterscheiden. Trotzdem finden sie die für sie arbeitenden Frauen mit Löhnen ab, die diesen nicht einmal die Kosten für Licht und Heizung decken. Sie können sich das leisten, weil die Arbeitsgelegenheit für Frauen in jener Gegend nur sehr beschränkt, der Andrang von Frauen zur Heimarbeit aber sehr groß ist. Wie in Deutschland, so steht es auch in allen anderen Ländern.

Die Lage dieser Frauen ist verzweifelt. Zur Selbsthilfe finden sie weder Kraft noch Mut. Hier muß deshalb die Gesetzgebung der rettende Faktor sein. Den Frauen und den Männern in den gefestigten Körperschaften müßte die Notlage zahlloser Heimarbeiterinnen und die zunehmende Zahl der Heimarbeiterinnen Beachtung sein. Hier durch entsprechende Gesetze eingzugreifen. Die organisierte Arbeiterschaft aber sollte der Organisation ihrer Familienangehörigen, die Heimarbeit leisten, größeres Augenmerk schenken, als dies bisher geschehen ist. Die miserablen Löhne, mit denen Heimarbeiterinnen häufig abgespeist werden, wären nicht möglich, wenn die Heimarbeiterinnen nicht zum allergrößten Teile unorganisiert wären.

Tages-Neuigkeiten.

Einer von der Moskower Feldarmee Vermertig ist diesmal wieder der Zuchtling der kommunistischen Dummheit. Alois Jahnel heißt der kommunistische Parteisekretär, der die Aufgabe hatte, die „Revolutionierung“ der Massen nach Moskauer Rezept zu betreiben. Er besorgte dies so gründlich, daß er bereits im Sommer 1921 mit seiner politischen Arbeit fertig war. Er hat alles in Grund und Boden revolutioniert, indem er die meisten Arbeiter dem Indifferenzismus, den Selben und den Christlichsozialen zutrieb. Er wurde Sekretär des kommunistischen Bauarbeiterverbandes in Prag und hatte nun die Aufgabe, die im Deutschen Bauarbeiterverband (DzB Reichenberg) organisierten Bauarbeiter dem Prager Zentralsverband zuzuführen. Niedrigere Löhne, höhere Unterhaltungen und der schärfste Kampf gegen die Sozialdemokraten wurden in großer Aufmachung verkündet, der Deutsche Bauarbeiterverband müsse vernichtet und alle Bauarbeiter ausnahmslos im Prager kommunistischen Verband vereinigt werden. Der allein die richtige Gewerkschaft sei. Dem Moskauer Apostel gelang es auch, eine größere Anzahl Leichtsinniger vom Deutschen Bauarbeiterverband abzuspalten. Doch bald zeigte es sich, daß die kommunistischen Führer auch total unfähig sind, in der Gewerkschaft praktische Arbeit für die Arbeiterkraft zu leisten, weshalb sich die gespaltenen Bauarbeiter vom kommunistischen Verband abwandten. Heute sind wieder viele unorganisiert, andere sind bei den Selben. Da es nun im Leitmeritzer Bezirk nichts mehr für die kommunistischen Phrasenreiter zugrunde zu richten gibt, mußte sich auch Herr Alois Jahnel aus dem Staube machen. Er ging nun in die Saaz-Komotauer Gegend, wo er gleichfalls die dortige Arbeiterkraft streiche nach den Moskauer Grundrissen revolutionieren will. Der Trimmerhausen im Leitmeritzer Bezirk, den Herr Jahnel mit verbrochen hat, zeugt für die Gewissenhaftigkeit dieses Menschen. Da dieser Moskowiter sein arbeiterschädigendes Handwerk auch in anderen Teilen Böhmens, wo man ihn noch nicht kennt, ausüben will, sei schon jetzt die Klassenbewußte Arbeiterkraft auf ihn aufmerksam gemacht.

Die Deffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen. Im Rechts- und Verfassungsausschuß wurde gestern der Senatsbeschuß über die Einschränkung der Bestimmungen der Strafprozessordnung über die Deffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen verhandelt. Abg. Genosse Dr. Haas, dessen Ausführungen sich Abgeordneter Dr. Bartoschek (tschechischer Nationalsozialist) angeschlossen, wies in längerer Rede darauf hin, daß der vorliegende Gesetzentwurf einen schweren Eingriff in das für die Strafrechtspflege überaus wichtige Prinzip der Deffentlichkeit der Strafverhandlungen bedeute und daß es daher des Rechtsausschusses unwürdig wäre, wenn nicht zunächst über die prinzipielle Frage, ob eine Einschränkung der Deffentlichkeit überhaupt plägfähig sei, verhandelt würde. Abg. Genosse Dr. Haas beantragte, dem Senatsbeschuß die Genehmigung nicht zu erteilen, welchen Antrag er durch die lüdenlose Beweisführung begründete, daß der vorliegende Gesetzentwurf in der Praxis zur Strafrechtspflege nicht nur an Qualität, sondern auch an Achtung bei der Bevölkerung leiden würde. Er warnt die Majoritätsparteien davor, das Prinzip der Deffentlichkeit der Strafverhandlung anzutasten.

Die Anklage gegen Dr. Baeran erhoben. Heute wurde dem in Untersuchungshaft befindlichen Abgeordneten Dr. Alois Baeran die Anklageschrift überreicht. Baeran wird des Hochverrates und des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit bezügel im Parlament angeklagt. Der Prozeß findet im Jänner nächsten Jahres statt. Die Verteidigung hat, wie bekannt, Advokat Dr. Voller in Brünn übernommen.

Der Hardenprozeß. Im Hardenprozeß fällt vor allem auf, mit welcher Milde der Vorsitzende die beiden Attentäter behandelt. Es wird ihnen die weitestgehende Gelegenheit geboten, entlastendes Material beizubringen, sobald der Vertreter des Nebenklägers alle Mühe hat, die Wahrheit aufrechtzuerhalten, wie sie in der Voruntersuchung von den Angeklagten zugestanden wurde. Gestern wurde Harden über die von ihm im Vorjahre geplante Amerikareise einvernommen, gegen die die Attentäter aufgetreten waren und wegen der Harden befreit werden sollte. Er erklärte, daß er den Plan nur auf den dringenden Wunsch hervorragender Persönlichkeiten Deutschlands und Amerikas gefaßt habe und daß er bei dem ihm eventuell zufallenden Honorar kaum auf die Kosten gekommen wäre. Da der Tatbestand von allen Beteiligten als genügend aufgeklärt erachtet wurde, folgte die Beweisannahme. Heute folgen die Rede des Staatsanwalts und vielleicht auch das Urteil.

Ein Mordurteil in Ungarn. Der kommunistische Agitator Kish ist gestern wegen des Verbrechens des Hochverrates, bezügel durch seine Agitation unter den Kriegsgefangenen, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

Der Studentenunruhen in Rumänien. Aus Bukarest wird gemeldet: Nach mehrägigen Demonstrationen der Studenten, wobei auch das Militär eingriff und viele Personen verhaftet wurden, geht die Bewegung der Studenten, wie es scheint zu Ende. Die rumänischen Hörer der Hochschule bestehen zwar auf der beschlossenen Resolution, an der Universität für ausländische und jüdische Studenten den Numerus clausus

einzuführen, aber man hofft, daß es den Professoren gelingen werde, die gärende Stimmung vollkommen zu beruhigen. In Klausenburg wurden die Vorlesungen wieder ausgenommen. Der Ministerrat beschloß sich mit den studentischen Manifestationen und beschloß, energische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu treffen. Es herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß die rumänische Studentenschaft durch fremde Agitatoren zu den antisemitischen Ausschreitungen veranlaßt wurde. Bezeichnend ist, daß die ungarische Auslandspropaganda diese Vorgehen als Waffe gegen den rumänischen Staat ausnützt.

Die Tepliz-Schönaner Gassenfeste vor dem Obersten Verordnungsgericht. Am 8. Jänner 1923 findet vor dem Obersten Verwaltungsgericht die Verhandlung über die Beschwerden der Gemeinde Tepliz-Schönan gegen den Auftrag der dortigen politischen Bezirksverwaltung auf Anbringung tschechisch-deutscher Gassenfeste statt, welcher Auftrag damit begründet wird, daß Tepliz-Schönan unter die Badoerte zu zählen ist, und weil ferner nach der am 15. Februar 1921 stattgefundenen Volkszählung in Tepliz-Schönan sich mehr als 20 Prozent Tschechen befinden.

Das Beamtenheer der Stadt Prag. Die Zahl der von der Gemeinde Groß-Prag Beschäftigten beträgt, dem „Eos“ zufolge, derzeit 12.202 Personen. Im engeren Prag waren vor der Vereinigung 1881, und zwar 97 Konzepts, 89 technische, 43 Bau-, 297 Rechnungs-, 407 Kanzlei- und Manipulationsbeamte, 137 administrative, 26 verschiedener Ressorts mit Hochschulbildung, 26 Ärzte, 12 Tierärzte, 307 Unter-

beamte, Diener und Bedienstete. Aus den angeschlossenen Gemeinden wurden im ganzen 607 Beamte und Diener übernommen, so daß jetzt 2228 Beamte, Unterbeamte und Bedienstete in den Magistrats- und Gemeindegewerkschaften beschäftigt sind. Mit der Arbeiterkraft und den Bediensteten der Gemeindegewerkschaft beschäftigt die Gemeinde derzeit 12.202 Personen.

Einbruch in das jüdische Rathaus. Gestern nachts sind Diebe in das alte jüdische Rathaus eingebrochen. Die Diebe haben zwei eiserne Kassen geöffnet und einen Barbetrag von 52.000 K., sowie verschiedenen Schmuck entwendet. Unter dem Verdachte, den Diebstahl begangen zu haben, wurden zwei Personen bereits verhaftet.

Doppelselbstmord. In einem Graben hinter dem Liebener Friedhof fand gestern vormittags eine Postleipantouille die Leichen eines Mannes und einer Frau. Die Frau lag mit durchschossener Schläfe, auf ihrer Brust lehnte der Körper des Mannes, der einen Kopfschuß aufwies. Nach Aufzeichnungen handelte es sich um den Postangestellten Johann Sch. aus Karolinenthal und um die Hausgehilfin Katharina V. Man fand bei den Leichen zwei Briefe, in denen sie von ihren Eltern Abschied nahmen. Die V. gesteht, daß sie ihren Bräutigam zum Selbstmord überredete.

Diebstahl in der Oesterreichisch-ungarischen Bank in Wien. Im Gebäude der Oesterreichisch-ungarischen Bank in der Wiener Herrngasse wurden gestern 180 Stück Banknoten zu 100.000 K im Betrage von 18 Millionen österreichischen Kronen entwendet. Den Dieben gelang es, unbemerkt zu entweichen.

Der Weltfriedenskongreß.

Haag, 12. Dezember. Auf der Weltfriedenskonferenz hielt heute der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes Jimmen eine Rede über die Aufgaben der organisierten Arbeiter für den Weltfrieden, in der er sich heftig gegen den Krieg in allen seinen Gestalten und auch gegen den bewaffneten Frieden wandte. Die zum Kampfe gegen den Krieg berufenen Organisationen seien zweifellos die gewerkschaftlichen. Schon im Jahre 1920 hat sich der in London abgehaltene Gewerkschaftskongreß für den Kampf gegen den Krieg durch Generalstreik und Boykott ausgesprochen. Freilich dürfe man nicht leichtsinnig mit dem Generalstreik und dem Boykott spielen.

Frau Verlen (Deutschland) stimmte den Ausführungen Jimmens zu. Die Arbeiter müßten sich weigern, ihre Hände durch Teilnahme an einem Kriege zu beflecken. Das gleiche gelte für die Frauen.

Der amerikanische Delegat von Worcester sprach als Vertreter des Weltbundes zur Förderung des Friedens zwischen den Kirchen und der Welt. Wenn der Friede erhalten werden solle, müsse der Geist der Menschheit sich in einen Geist der Brüderlichkeit verwandeln. Hierfür sei die von ihm vertretene Körperschaft auf ihrem Gebiete ebenso tätig, wie die Gewerkschaften auf dem ihrigen.

Lazowski (Russland) protestierte dagegen, daß die Mehrheit seiner Kollegen nicht nach Holland zugelassen worden sei und erhob ferner Einspruch gegen die Anwesenheit bürgerlicher Pazifisten.

Dumoulin (Frankreich) enttäuschte die Darlegungen Lazowskys und stellte fest, daß die Arbeiterkraft durch ihr Zusammengehen mit den bürgerlichen Pazifisten noch lange nicht auf die Verwirklichung ihrer eigenen Ziele verachtet.

Grafmann (Deutschland) billigte die Ausführungen Dumoulin's, die er noch durch die Bemerkung ergänzte, daß die deutschen Arbeiter bereit seien, die Verwüstungen des Krieges wieder gutzumachen, aber nicht wollten, daß das Ergebnis dieser Arbeiten dem Militarismus zugute komme. Der durch die Besetzungstruppen ausgeübte Druck sei auf die Dauer unerträglich.

Gegen die Verflavung Oesterreichs.

Die geitzige Sitzung des Außen-Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Vor Eingang in die Tagesordnung richtete Abg. Kalla eine Anfrage an den Minister Venes wegen des Zeitungsberichtes über einen angeblichen Protest der Regierungen der Kleinen Entente in London, in dem sie sich gegen die Herabsetzung der deutschen Zahlungen aussprechen. Minister Dr. Venes antwortet, daß von einem Kollektivschritt keine Rede war, sondern daß er, so wie die auswärtigen Minister Rumäniens und Jugoslawiens dem Gesandten in London Instruktionen bezüglich der Brüssler Konferenz gegeben habe; von der Herabsetzung der deutschen Zahlungen war überhaupt keine Rede gewesen. Der Minister gibt hierauf einige Erläuterungen über die Genfer Protokolle und die Kreditvorlage für Oesterreich.

Abg. Genosse Dr. Holitschky erklärt, daß, da der Minister heute schon auf die Genfer Protokolle eingegangen sei, er es für notwendig halte, sofort den Standpunkt unserer Partei zu dieser Frage klar zu legen. Die Notwendigkeit, Oesterreich aus seiner furchtbaren Lage zu retten, die ja den Genfer Beschlüssen zugrunde liegt, rührt, wie fast alles Elend der heutigen Zeit, aus den Gewaltverträgen von Versailles, St. Germain und Trianon her.

Radel empfiehlt den Klassenkampf, erforderlichenfalls auch mit den Waffen. Vandervelde erwidert ihm, die Völkereien täten besser daran, wenn sie Grusinien befreien und keine Sozialisten hinrichten würden. Er bemerkte, der Krieg müsse mit allen Mitteln bekämpft werden, doch dürfe demgegenüber das Recht der Verteidigung gesetzlicher Ansprüche, wie es z. B. das Recht Frankreichs und Belgiens auf die Wiederherstellung ihrer verwüsteten Gebiete sei, nicht gelehnet werden.

In der Nachmittagsitzung sprach sich Prof. Bonfantini gegen die bolschewistische Erklärung aus, daß die Gewerkschaften einen eindrucksvollen Beweis ihres Willens zur Wiederherstellung des Friedens geben würden, wenn sie eine großzügige Unterstützungsfaktion für die verwüsteten Gebiete Frankreichs unternehmen würden.

Winkel vom österreichischen Lehrerbund trat für eine völlige Reform des Schulunterrichtes ein und erklärte, daß es in Oesterreich keinen Militarismus gebe, daß vielmehr das Geld, das früher für Heer und Marine verwendet wurde, jetzt zur Unterstützung unbemittelter talentierter Schüler diene.

Radel erklärt u. a.: „Zwischen Euch und den bürgerlichen Pazifisten liegt eine ebenso große Kluft wie zwischen Euch und den Kommunisten. Trotzdem schließt Ihr Euch mit den bürgerlichen Pazifisten zusammen und wollt mit uns nichts zu tun haben. Wir erneuern unseren Vorschlag, eine Einheitsfront zu bilden. Du Moulin's hat auf diesen Vorschlag nichts erwidert; das beweist, daß er der Bourgeoisie unendlich näher steht, als uns. Der Resolution von Rom über den Generalstreik stimme ich gerne zu. Ihre Annahme beweist, daß Ihr Euer eigenes Dogma aus dem Weltkrieg, das Dogma der Vaterlandsverteidigung plötzlich verleugnet; wenn dies Euer Ernst ist, so bedeutet das einen Fortschritt, denn dann müßt Ihr auch zugeben, daß das Proletariat, wenn es sich auf die Grundlage der Vaterlandsliebe stellt, dem Untergange geweiht ist. Die im Haag vorgelegte Resolution zeigt keine Spur von Kampfesgeist. Begnügt man sich damit, so wird die Bourgeoisie den Kongreß auslachen.“

Man hat damals einen lebensunfähigen Staat geschaffen. 4 Millionen bäuerlicher Bevölkerung sollen eine Weltstadt von 2 Millionen ernähren. Nur für 4 Monate jeden Jahres hat dieser Staat Nahrungsmittel, für 8 Monate müssen sie aus dem Ausland eingeführt werden. Während aber andere Staaten, wie die Schweiz und England, die gleichfalls auf die Nahrungsmittel aus dem Ausland angewiesen sind, diese durch die Ausfuhr ihrer Industrieprodukte bezahlen können, ist das bei Oesterreich, das auch noch seine Kohle aus dem Auslande beziehen muß, nicht der Fall. Infolge des Umsturzes, bei dem die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien Tausende von deutschen Beamten zurückgelassen haben, litt Oesterreich von vornherein an einem furchtbaren Ueberfluß an Staatsbeamten, die alle von der kleinen, größtenteils armen Bevölkerung ernährt werden müßten. Gewiß hat es auch in Oesterreich, sowie andwärts an der nötigen Energie und Opferwilligkeit gefehlt, um die Verhältnisse zu ordnen. Wer es nun wiederholt werden, daß die eigentliche Schuld an dem Elend die Signatarmächte trifft. Diese müssen deshalb auch helfen.

Aus dem Geiste des internationalen Kapitalismus sind die Genfer Protokolle geboren und darum müssen sich die Arbeiter gegen sie empören. Sie beginnen freilich im Protokolle I mit einer Verbeugung vor der Unabhängigkeit und Souveränität, aber wie so oft wird auch hier mit diesen Worten Mißbrauch getrieben. Die Protokolle von Genf sind ein Hohn auf die Unabhängigkeit und die Souveränität. Sie zerstören die Souveränität Oesterreichs, sie stellen den

soberänen Staat unter eine Vormundschaft, die größer ist als die, unter welcher früher die Türkei oder Aegypten gebeugt wurden.

Es wird ein Generalkommissär eingesetzt, der mit absoluter Machtvollkommenheit die Wirtschaft leitet. Er entscheidet über alle Ausgaben und Einnahmen, er kontrolliert die Steuern und Zölle dadurch, daß die Auszahlung der Kreditraten von seiner Zustimmung abhängt, er hat unumschränkte Herrschaft über den Großhaat. Der zum Generalkommissär bestellte Herr Zimmerman mag die besten Intentionen haben, der tüchtigste und erfahrenste Mann sein, aber er ist ein Fremder, der die Verhältnisse, das Land, sein Volk und alle die verwiderten wirtschaftlichen Beziehungen nicht kennt. Ueberdies ist er aber der Exponent des Kapitalismus.

Präsident Seipl hat sich zu schwach gefühlt, um selbst den Mussolini zu spielen, darum vertritt er sich hinter den unverantwortlichen Generalkommissär. Mussolini schickt das Parlament nach Hause, Seipl läßt es durch die Genfer Protokolle auf 2 Jahre nach Hause schicken, denn ein Parlament, dem der Einfluß auf die wirtschaftliche Gebarung genommen ist, das nicht über den Staatsvoranschlag entscheiden darf, ist vollständig machtlos geworden.

Ueberdies zeigen sich heute auch anderwärts Schläge, das Parlament möglichst zur Seite zu schieben, auch bei uns gibt es Scheinassessoren. Die Art und Weise, wie man mit dem Parlament umgeht, zeigt, daß die Achtung vor der Volkvertretung sehr gesunken ist.

Gerade in diesen Tagen erleben wir es neuerdings, daß die schwierigsten und wichtigsten Vorlagen dem Hause an den Kopf geworfen werden, daß man ihm keine Zeit läßt, sie auch nur ordentlich zu studieren. Eine Vorlage von der Tragweite, wie die der Regelung der Bezüge der Staatsangestellten, wird am Dienstag aufgelegt und am Donnerstag schon muß das Haus darüber entscheiden. So etwas ist in einem wirklich demokratischen Staate, wo das Parlament als Ausdruck des Volkswillens geachtet wird, vollständig unmöglich. Mussolini hat seine Schwarzhemden, Seipl hat den Artikel 7 des Protokolls 3, durch den der Regierung aufgelegt wird, alle Vorfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe zu treffen; das heißt eine Gendarmerie aufzustellen, deren Offiziere und Mannschaften Werkzeuge der Kapitalisten sind und keine Bedenken tragen, das Proletariat nieder zu werfen. Mussolini führt die Staatsbetriebe in Privatwirtschaft über. Dasselbe soll nach dem Genferprotokolle mit Oesterreich geschehen. So wie in Italien, wird man in Oesterreich unter dem Vorwande, daß mehr gearbeitet werden muß, die Erzeugnisse der Arbeiterkraft zerstören und den Arbeitslosen zu beseitigen trachten. Die vereinigte Reaktion, die heute in ganz Europa auf dem Vormarsch ist, benützt diese Gelegenheit, um auch in Oesterreich alle Postionen der Arbeiterkraft zu erschüttern. Es werden diesem unglücklichen Volk Steuern und Preise für alle Erzeugnisse der Staatsbetriebe, für Eisenbahn- und Posttarife auferlegt, die geradezu furchterlich sind. Viele Hunderte von Milliarden sollen herausgepreßt werden aus den breiten Massen. Was wird die Folge sein? Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheit und Elend. Schon in wenigen Monaten werden sich die furchterlichen Folgen zeigen und dann wird das internationale Kapital unter dem Schutze des Artikels 7, Protokoll 3 die Unternehmungen zu Spottpreisen erwerben und die wehrlos gemachten Arbeiter ausbeuten. Diese übertriebenen Forderungen entspringen dem Wane, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Jeder, der Einsicht in die Verhältnisse hat, muß zugeben, daß das vollständig unmöglich ist. Selbst England hat lange gebraucht, um nach dem Kriege sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Frankreich, Italien, die Tschechoslowakei und fast alle andern Länder haben heute noch einen großen Abgang im Staatshaushalte.

Die Fortsetzung der Debatte wird sodann verschoben.

Telegramme.

Ende des Ministeriums Paschitsch.
Belgrad, 12. Dezember. Trotz des Bestehens der Krone, durch eine neuerliche Beirathung Paschitschs mit der Kabinettsbildung die Bildung einer radikal-demokratischen Regierung zu ermöglichen, hat sich Paschitsch angesichts der Haltung der Demokratenpartei veranlaßt gesehen, seine Verjuche nach Rekonstruktion des Kabinettes auf Grundlage eines radikal-demokratischen Kompromisses einzustellen und der Krone endgültig das Mandat der Kabinettsbildung zurückzustellen. Trotzdem man in Hoffreisen nach wie vor die von Paschitsch vertretene innere Politik billigt, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Krone nunmehr der Opposition das Mandat der Kabinettsbildung anbieten wird. In diesem Falle kämen als Mandatäre der Demokrat Davidowitsch und der radikale Dissident Stojan Protitsch in Betracht, welche beide die Bildung der neuen Regierung unter Heranziehung des kroatischen Blocks versuchen würden. Erst wenn sich auch diese Kombination als undurchführbar erweisen sollte, würde die Krone der Auflösung der Skupschtina zustimmen, in welchem Falle aller Wahrscheinlichkeit nach Paschitsch mit der Durchführung der Neuwahlen betraut würde.

Reparationsberatungen in Washington

Washington, 13. Dezember. (Havas.) Aus Regierungskreisen wird mitgeteilt, daß sich die amerikanische Regierung mit verschiedenen europäischen Fragen, namentlich auch mit der Reparationsfrage, befaßt. Diesbezüglich sei die amerikanische Regierung nicht untätig geblieben.

Scheitern der Mosauer Abrüstungs-Konferenz.

Helsingfors, 12. Dezember. (Havas.) Die Mosauer Abrüstungskonferenz ist gescheitert, da die russische Delegation es abgelehnt hat, den Nichtangriffspakt vor dem Zustandekommen eines Einvernehmens in der Frage der Verminderung der Rüstungen zu unterfertigen. Der Vorsitzende der russischen Delegation, Witnow, konstatierte in der Schlussung, daß sich während der Beratungen zwei Vorschläge herauskristallisiert haben, von denen einer für die Sowjetdelegation, der andere dagegen für Polen, Finnland, Estland und Lapp-land unannehmbar sei, weshalb die Weiterführung der Konferenz gegenstandslos erscheint.

Die „Vaterlandsliebe“ der deutschen Industriellen.

Berlin, 13. Dezember. (Eigenbericht.) Von den Organisationen der Industriellen wird erklärt, daß sie mit der Auffassung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht übereinstimmen und daß es sich bei den Artikeln zur Reparationsfrage, die in der Öffentlichkeit so viel Aufsehen machten, um die Arbeit eines untergeordneten Redakteurs handelt. Wer aber die Absichten des Großkapitals kennt, weiß, daß es den Industriellen nicht um die Verständigung zu tun ist, sondern eher darum, auf den Trümmern der deutschen Wirtschaft eine große Verkrüftung mit dem französischen Kapital herbeizuführen, selbst wenn das Reich dabei in Stücke geht. Aber die allgemeine Entrüstung über ihre Haltung hat die Industriellen zum Einlenken bewegen. Gestern Abend war der Präsident des Reichsverbandes der Industriellen, Dr. Sorge, beim Reichskanzler, um ihm die Bereitwilligkeit seiner Organisation zur positiven Mitarbeit bei weiteren Verhandlungen bekanntzugeben.

Unterhausbatte über die Arbeitslosigkeit.

London, 13. Dezember. (Sch. B. S.) Im Unterhause interpellierten in der vergangenen Nacht die Vertreter der Arbeiterparteien wegen Behebung der Arbeitslosigkeit. Minister Barlow wies darauf hin, daß zwei Millionen Pfund Sterling für den Bau von zwei neuen Schlachschiffen bewilligt wurden, wodurch die Arbeitslosigkeit gemildert werden wird. Die Debatte war äußerst lebhaft, da die Arbeiterabgeordneten sofortige Abhilfe verlangten. In der heutigen Nachmittags-sitzung erklärte Bonar Law auf Anfragen bezüglich der Arbeitslosigkeit, daß er nicht mehr über die Maßnahmen zu deren Bekämpfung mitteilen könne, als er es bereits getan.

Literatur.

Kleist und Hauptmann. Den beiden Dichtern, die das eigentümlichste deutsche, von fremden Elementen am wenigsten durchsetzte Drama geschaffen haben, sind neuerdings zwei in ihrer Art verwandte großartige Schilderungen gewidmet worden. Philipp Witkop behandelt in einem verhältnismäßig knappen, doch erschöpfenden Band den unglücklichsten aller Künstler, Heinrich von Kleist (Leipzig, S. Häßel) und Paul Fechter nimmt Gerhart Hauptmanns schicksaligen Geburtstag zum Anlaß, um die Grundlinien des Hauptmannschen Schaffens scharf und überzeugend herauszuarbeiten (Dresden, Siedler-Verlag). Charakteristisch für beide Werke ist, daß alles Biographische, im weitesten Sinne genommen, stark nach rückwärts tritt, weder die individuellen Erlebnisse der Dichter noch die Einzelheiten der Zeitgeschichte erfahren eine eingehende Darstellung. Ueber dem zufälligen des Einmal-gewesenen soll das Allgemeingültige stehen: über den Schicksalsfugungen in Kleists Leben also das beherrschende Bild des vom Dämon vorwärtsgetriebenen, sich selbst am der in ihm nach Ausbruch ringenden Idee willen zerbrechenden Dichters; über den vielen Werken Hauptmanns die Erkenntnis von ihm als dem im wesentlichen „dichterschen“ Menschen; das heißt: als dem Vertreter eines „Menschentyps“, dessen Lebens- und Kunstäußerungen nur aus seinem Sein und dessen natürlich bedingten Äußerungsbedürfnis sich ergeben und ihren Zweck für den Menschen in eben dieser Tatsache der Äußerung auf Grund einer inneren Notwendigkeit haben.“ Beim andern Typus hingegen, dem „Schauspielerischen“, wie ihn Fechter nennt, werden „die Lebens- und Kunstäußerungen nicht von seinem inneren Sein und dessen Äußerungsbedürfnis bedingt, sondern von der vorweggenommenen Vorstellung des Bildes, das sie realisieren ergeben werden.“ Der eine geht vom Ich, der andere von seiner Vorstellung vom Ich und der Umwelt aus, bei Hauptmann kompliziert sich der Fall dadurch, daß er ins neunzehnte Jahrhundert, ins Zeitalter der naturwissenschaftlichen Erfassung der Umwelt geboren wurde, also in eine Lebensrichtung hinein, die vom Ich, diesem Zentrum des „dichterschen“ Menschen, fortführt. Daraus ergab sich Hauptmanns eigenartlicher „Naturalismus“, daß er nämlich die Dinge der Welt mit hingebender Treue erfährt und darstellt, aber nicht um ihrer selbst willen, sondern um von ihnen den Weg zu sich zu finden und um die eigene Seele lyrisch schwingen zu machen. Aus dem gleichen Bedürfnis leitet Fechter die Tatsache ab, daß

sich Hauptmann so oft von fremden Dichtungen (etwa Grillparzers „Kloster von St. Adam“, Holbergs „Jeppe von Borge“ und der Lagerlöfs „Ferien auf Schan“) zu neuem Schaffen anregen ließ: auch sie wiesen ihm den Weg von der Peripherie, der Außenwelt, zum Zentrum, dem Ich. Man begreift, daß eine derartige Betrachtungsweise biographisch konstruiert wird und an die willige Mißfolge des Lesers hohe Ansprüche stellt, aber sie bereichert dafür auch unendlich mehr als die einfach-biographische Darstellung, weil sie tiefe Klänge in die Künstlerwerkstatt gestattet und Zusammenhänge aufzeigt, die in ihrer schlüssigen Allgemeingültigkeit bewundern. Den gleichen Erfolg erzielt Witkop mit seiner Analyse Kleists. Mit ihm zu verfolgen, wie sich der an jede seiner Aufgaben bis zur Selbstverweigerung hingebende vom Glauben, zum wissenschaftlichen Forscher geboren zu sein, zur Erkenntnis des Dichtertums durcharbeitete und wie dieses Dichtertum von ihm selbst erzeugt, alle seine Lebenspläne umwirft, ihn von Höhen selbster Schöpferfreude in den Höhenabgrund trübseliger Schmach hinabstürzt, das bedeutet ein schleichendes dramatisches Erlebnis und ähnlich wirkt die Bergliederung der einzelnen Werke. Denn auch an ihnen wird aufgezeigt, wie sie aus der einheitlichen Wurzel: Kleist gegen die Welt emporwachsen, wie er ewig unbefriedigt bleiben mußte, weil sie, mit den Elementen des Endlichen, den Worten und Erscheinungen, arbeitend, das ihm zur Gestaltung vorschwebende Unendliche nie ganz gestalten konnten. „Das Göttliche, das sich verwirklichen will, wird durch die bloße Berührung mit der Materie, durch den Widerstand des Besonderen gehindert, sich ganz und rein zu verwirklichen. So bricht das Sein auseinander, überall klopft Zweifel und Zwiespalt; Gott und Welt, Geist und Natur, Idee und Sinnlichkeit — wie auch immer wir die Gegensätze nennen mögen: unentrinnbar ist der diabolische Dichter vom Schicksal Kleists zwischen sie gestellt. Am Ringen um den „Robert Guiskard“, um die „Penthesilea“ und den „Prinzen von Homburg“ macht uns das Witkop erschütternd anschaulich. Der Tragödie Kleists, die bisher in Hirschfeld einen dichterischen Gestalter, in Adreien, Herzog und Reper-Benjes die besten wissenschaftlichen Darsteller gefunden hat, ist vielleicht durch Witkop die abschließende, menschlich und künstlerisch überzeugendste Formung zuteil geworden. K.

Kleine Chronik.

Furchtbares Fabriksunglück.

Baranna, 13. Dezember. (Havas.) In einer hiesigen Zuderfabrik explodierte ein Kessel, wobei circa hundert Personen verletzt und getötet wurden.

Wie hoch ist der Nebel? Dr. William Lodgey, ein englischer Naturforscher, hatte vor längerer Zeit in London, das ja seiner berühmtesten Dämon wegen ein besonders dankbares Feld für solche Untersuchungen ist, eine Ballonfahrt unternommen, um die Höhe der über der Stadt liegenden Nebeldecke kennen zu lernen und berichtet jetzt darüber in einem englischen Blatt. Der Ballon hielt sich zunächst dicht über dem Boden, wobei sich die Insassen durch Verständigung mittels des Megaphons orientierten und über die Entwicklung des Nebels unterrichteten. Nach einer halben Stunde warf man Ballast aus und nach einer weiteren halben Stunde erreichte man eine Höhe von etwa 700 Metern, wo der Nebel wohl leichter war, aber noch immer eine dicke Wolke darstellte, durch welche die Sonne vergeblich zu dringen suchte. Nachdem man wiederum in die Nähe des Bodens herabgegangen war, und die Richtung, in der man sich befand, festgestellt hatte, flog der Ballon aufs neue auf und erreichte eine Höhe von etwa 1000 Meter, in der der Ballonfahrer ihr Frühstück bei hellem Sonnenschein einnahmen. Sie waren jetzt endlich über dem Nebel, den sie unter sich sahen und als eine etwa 850 Meter dicke Cumuluswolke erkannten, deren Basis auf dem Boden saß und die sich von da aus nach allen Richtungen ausdehnte. Damit ist festlich nicht erwiesen, daß eine Nebelschicht nicht noch größere Stärke erreichen kann, und der englische Forscher empfiehlt deshalb den Piloten im Nebel Aufstieg zu machen, um seine Beobachtungen zu ergänzen und zu berichtigen.

Ein militärisches Schindluderstück. Dem reichen Kapitel militärischer Schindluderereien, das Courtieline so dankbaren Stoff geliefert hat, fügt der „Cri de Paris“ eine neue ergötzliche Geschichte hinzu. In einer kleinen Stadt Ostfrankreichs liegt ein Artillerie-Regiment in Garnison, dessen Oberst eifersüchtig darüber wacht, daß der Rhythmus der Uniform gewahrt wird. Eines Tages veranlaßte er seine Offiziere um sich und erklärte ihnen: „Es kommt vor allem darauf an, auf die Fremden Eindruck zu machen. Der Cri, wo diese mit dem Militär in Berührung kommen, ist der Bahnhof. Seit einiger Zeit bemerke ich, daß viele Deutsche hier durchfahren. Ich wünsche, daß sich unsere Soldaten unseren Feinden von gestern, die vielleicht unsere Feinde von morgen sein werden, in strammer Haltung präsentieren. Das dürfte auf sie großen Eindruck machen und die Bedeutung einer symbolischen Handlung haben.“ Tage darauf erhielt er auch folgenden Regimentsbefehl: „Den auf dem Bahnhof diensttunenden Wachen wird befohlen, bei Einlauf eines jeden Zuges stramm zu stehen und sich nicht eher zu rühren, bis der Zug den Bahnhof verlassen hat.“ Ausgehend von einem Tages, daß ein Zug statt des jahresplanmäßigen Ansehens von wenigen Minuten durch einen Maschinendefekt gezwungen wurde, über eine Stunde im Bahnhof der Stadt zu halten. Entsprechend dem Befehl standen die diensttunenden Wachen die ganze Zeit stramm, zum Staunen der Reisenden, die sich den Kopf zerbrachen, was diese einstufige Parade vor dem Zuge bedeuten sollte. — Und dieses Schindluderstückchen wäre nur in Frankreich möglich? Und sonst in keinem alliierten und assoziierten Staate?

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Barana.

Der junge tschechische Finanzkapitalismus hat bereits heute, trotz kaum vierjähriger nationaler Schwandhaftigkeit eine so hervorragende Vergangenheit, wie sie nur dadurch möglich ist, daß die nationalpolitische Politik im Dienste des „nationalen“ Kapitals steht, während umgekehrt dieses angelegentlich nationale Kapital in der Ausbeutung der arbeitenden Massen ohne Unterschied der Nationalität mit geradezu verbrecherischer Gewalttätigkeit arbeitet.

Der Zusammenbruch der Mähr.-Schles. Bank in Brunn ist geradezu ein Schicksalsbeispiel des Triebes der tschechischen Finanzgrößen, die Politik, nationale Vergewaltigung und daneben, gewissermaßen im Nebenberuf, — aber ist es der Hauptberuf? — die gewagtesten Geschäfte im größten Maßstabe betreiben.

Das in der am 11. Dezember d. J. abgehaltenen Generalversammlung der Bank aus Tageslicht gekommen ist, zeigt von einer solchen unglückseligen Unfähigkeit, gepaart mit Bewissenlosigkeit, der Leiter einer der größten tschechischen Bank, daß man sich fragen muß, ob es sich bei der Mähr.-Schles. Bank nur um einen Ausnahmefall handelt, denn die Befürchtung, daß die Züchtung eines „nationalen“ Finanzkapitals und einer „nationalen“ Industrie auch anderswo zu ähnlichen Zuständen führen kann, ist zu selbstverständlich, als daß sie verschwiegen werden darf. Gefälschte Bilanzen, mit dem Gelde der Bank, als der Aktionäre und der Einleger spekulierende Direktoren, ein Regierungskommissar, Ministerialrat Jabreky, der pflichtgemäß die Geschäftsführung der Bank zu beaufsichtigen hat und selbst bei der Bank spekuliert und seine Verluste von der Bank decken läßt, ein Bankkontrollor, der ein geheimes Konto von vier Millionen Kronen feststellt und darüber schweigt, der Präsident des Aufsichtsrates, ein Professor Webb, der gleichfalls 233.000 K. Bankgelder verspekuliert, das sind so einige Blätter dieser illustren Gesellschaft, die sich, wie man noch vor kurzem lesen konnte, der „Stärkung“ der nationalen Minderheiten widmete, mit dem Erfolge, daß heute die Bank mit 150 Millionen ver-trachtet ist.

Herrn Raschins wurde in der Generalversammlung seitens der verweigerten Aktionäre Stimmrecht verweigert, richtete sich doch die Wut dieser Menschen auch gegen die Regierung, die, wie es in der Versammlung ausgesprochen wurde, diesem unglückseligen Schandbilde direkt die Hand zu helfen hat. Das jetzt alle die Geschädigten nach der Regierung schreien und von ihr die Rettung verlangen, ist bei der Erziehung unserer „Republiken“ nur selbstverständlich, denn wozu sind die öffentlichen Mittel schließlich da, wenn man nicht vertragenen „nationalen“ Banken auf die Füße helfen darf. Inwiefern moralische Erwägungen dieser Art, oder das Bestreben, der Zivillistenka Bank und anderen einflussreichen tschechischen Banken, einen löstigen Konkurrenten vom Halbe zu schaffen, es nicht rätlich erscheinen lassen, mit öffentlichen Mitteln und auch mit deutschen Steuer-geldern der vertragenen Bank auf die Beine zu helfen, läßt sich nicht feststellen.

Dagegen leistete sich die Regierung das un-glaubliche Stückchen, daß sie den Verwaltungsrat beauftragte, 30.000 Restaktien, die der Bank selbst gehörten, und in deren Rassen lagen, zur Abstimmung über das Schicksal der Bank zuzulassen, wodurch natürlich die anderen Aktionäre in ihrem Stimmrecht verletzten wurden.

Eine mächtige Finanzgruppe, die ihre Stütze in der heute allein herrschenden nationaldemokratischen Partei hat, triumphiert über die mächtige Kapitalistengruppe, dann wird jede Hilfe von Prag verweigert, die Aktionäre durch die Eigenaktien der Bank um ihr Stimmrecht gebracht, dem nun heißt es, das Eisen schmieden, so lange es warm ist, und eine Sanierung der mitleidenden Bank zu verhindern. Ein kleiner Wolf wird von fettem größeren Bruder gestossen!

Aber wir erkennen in diesen Korruptionisten alle Bekannte wieder, denn diese Herren Verwaltungsräte und allmächtigen Bankdirektoren, die sich zu einem Zeitpunkt da sie schon mit gefälschten Bilanzen arbeiten, noch Tantiemen von K 280.000.— auszahlen lassen, waren auch jene, die im Namen der „Nation“, des „bedrückten Privateigentums“ gegen die streikenden Bankbeamten hetzten, wie sie stets schon vorher die größten Scharfmacher waren. Und es ist nicht ohne Interesse, daß gerade die Beamten dieser Bank es waren, die beim Bankbeamtenstreik das Hauptkontingent der Streikbrecher lieferten und nun staten ihnen die Bank-schwandhaftigen den verdienten Dank ab, indem man sie schuldig ihrem Schicksal überläßt; und daß in der Generalversammlung sowie in der gesamten Presse nur von den armen Aktionären, aber mit keinem Worte von den existenzlos gewordenen Bankbeamten gesprochen wird, ist wieder ein Beweis, um wie viel höher das Geld des Kapitalisten gegenüber der Existenz des arbeitenden Menschen gewertet wird.

Aus dem sozialpolitischen Ausschuss.

Am sozialpolitischen Ausschuss wurde gestern der Regierungsentwurf betreffend die Verlängerung und Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenfürsorge verhandelt. Der Referent, Abgeordneter Bayerle, empfahl die Annahme des Regierungsentwurfes, die Abgeordneten Schäfer und Taub verlangten, daß alle jene Bestimmungen im Gesetze über

die Arbeitslosenunterstützung abgeändert würden, die zu verschiedenen Klagen Ursache gegeben haben. Daraus wurde das Gesetz einem Unterausschuss zugewiesen, in dem alle Abänderungsanträge der Oppositionsparteien, insbesondere der deutschen Sozialdemokraten, abgelehnt wurden. Ebenso wurde in der Vollziehung die Gesetzesvorlage angenommen und alle Verbesserungsvorschläge abgelehnt. Am Nachmittag wurde das Gesetz über die Verfertigung der Staatsbeamten verhandelt. Genosse Grünzner verlangte, daß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werde, laut welcher bei jeder Versetzung der Personalreferent gehört werde. Genosse Taub stellte fest, daß das Gesetz im Widerspruch zur Dienstprogramm steht und deren Abänderung darstellt, gegen die man sich zur Wehr setzen müsse. Bei der Abstimmung wurde die Vorlage mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Beachtenswert ist, daß die deutschbürgerlichen Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses, und zwar die Abgeordneten Raibl und Eise abwesend waren. Wenn diese zugegen gewesen wären, wäre die Koalition in der Minderheit geblieben. Die Tatsache, daß die Deutschbürgerlichen nicht anwesend waren, ist umso empörender, als Abgeordneter Raibl Staatsangestelltervertreter — sein soll. Die Auseinandersetzungen im Ausschuss waren in sehr scharfem Tone gehalten. Das Auftreten der tschechischen Sozialdemokraten, insbesondere des Abgeordneten Brozik, stand im schroffen Widerspruch zu den Grundgedanken einer gewerkschaftlichen und Arbeiterpolitik, was auch die Genossen Taub und Grünzner aufzogen. Die Staatsbeamten-vorlage gelangte nicht zur Verhandlung, da sich unter den Koalitionsparteien keine Referenten hierzu fanden.

Die sich ein Unternehmer seines Betriebs-ausschusses entledigen will. Durch die Steigerung des Kronenwertes muhnten viele Unternehmer ihre Betriebe (Schließen, da dieselben nicht mehr in der Lage waren, ihre Waren in das Ausland zu exportieren. Unsere Annahme aber, daß die Unternehmer die Wirtschaftskrise durch willkürliche Betriebsbeeinträchtigungen noch vergrößern, um zu gleicher Zeit ihre reaktionären Pläne zur Durchführung zu bringen, wird uns durch einen besonders traurigen Fall von Betriebsbeeinträchtigung bei der Firma Franz Strobach in Großschönau bei Rumburg bestätigt. Dieselbe stellte unter Angabe von Ausnahmungen am 11. November d. J. den Betrieb ein und suchte bei der Schiedskommission für Betriebsauschüsse in Schlußdenau um die Zustimmung zur Entlassung des Betriebsauschusses an. Die Schiedskommission gab am 7. November d. J. unter der Voraussetzung, daß die Angaben der Firma richtig sind, ihre Zustimmung zur Entlassung des Betriebsauschusses. Das Erkenntnis der Schiedskommission war ein Scherzstück, da noch 34 Arbeitnehmer im Betriebe verblieben. Sofort nach der Zustimmung der Schiedskommission zur Entlassung des Betriebsauschusses stellte die Firma wieder sechs Arbeiter und nach einer Woche weitere 37 Arbeiter in den Betrieb ein und nahm die Produktion in verringertem Maße wieder auf. Diese ganze Maßnahme war eine unerhörte Umgehung des Betriebsauschusses, um sich des Betriebsauschusses zu entledigen. Am 1. Dezember klagten die entlassenen Betriebsauschussmitglieder durch die Kreisgewerkschaftskommission in Wornsdorf die Firma Strobach bei der Schiedskommission in Schlußdenau auf Wiedereinstellung des Betriebsauschusses und die Firma mußte sich verpflichten, sämtliche Mitglieder des Betriebsauschusses wieder in die Arbeit einzustellen. Bei der Verhandlung vor der Schiedskommission hat sich unzuverlässig herausgestellt, daß die Firma die Betriebsbeeinträchtigung zu dem Zwecke der Entlassung des Betriebsauschusses provoziert hat. Besonders aber der Prokurist der Firma, Herr Bruch, welcher scheinbar der Inspira-tor des ganzen Planes gewesen ist, hat sich bei der Verhandlung vor der Schiedskommission große Verdienste für die Firma erworben. Hoffentlich bekommt er diese Unternehmerroutine gut bezahlt. Die Arbeiterschaft mag sich derartige Angelegenheiten gut merken. Jedenfalls aber dürfen solche Fälle von Betriebsbeeinträchtigungen der Regierung zeigen, daß es äußerst notwendig ist, die Betriebsauschüsse mit größeren Rechten auszustatten und das Betriebsauschussgesetz bald zu novellieren.

Rückgang der Ausfuhr im Oktober. Nach den vom statistischen Staatsamt veröffentlichten Ausfuhrziffern beträgt die Ausfuhr im Oktober 1922 5.747.752 Zentner und 172.384 Tsd., während sie im Oktober des Vorjahres 7.379.951 Zentner und 372.309 Tsd. betragen hat, sodaß ein beträchtlicher Rückgang der Ausfuhr festzustellen ist. An dem Sinken dieser Zahl sind alle Ausfuhr-länder beteiligt.

Der Anteil der Tschechoslowakei an den österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden. Am Dienstag hat im auswärtigen Ausschuss des Senates Minister des Äußeren Dr. Benesch Aufklärungen über die Aufstellung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden unter der Nachfolgestaaten gegeben und dabei die Mitteilung gemacht, daß von den österreichischen Schulden die Tschechoslowakei 42 Prozent übernehmen müsse, von der ungarischen Schulden 15 Prozent. Da die österreichischen Vorkriegsschulden 12.807 Millionen, die ungarischen 7892 Kronen betragen, beträgt der Anteil der Tschechoslowakei an der österreichischen Schuld 5230.87 Millionen, an der ungarischen 1183.80 Kronen, zusammen 6414.67 Millionen. Rechnet man eine Verzinsung von 6 Prozent, so ist der jährliche Aufwand, den diese Vorkriegsschuld für die Tschechoslowakei erfordert 386 Millionen Kronen. Im Budget für 1923 sind für diesen Posten 450 Millionen eingestellt.

